

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis: Prämienabon-  
 nement: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk.  
 jährlich, 24 Bg. frei und Haus-  
 Einzeln: Nummer 5 Bg. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Voll-  
 abonnements: 1,10 Mark pro Monat,  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Ostpreußen 2 Mark,  
 für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inserions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 je Zeile über deren Raum 60 Bg. für  
 politische und gesellschaftliche Inseren-  
 ten und Vernehmlichungs-Anzeigen 30 Bg.  
 „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt  
 Wort 20 Bg. (gültig für gedruckte  
 Worte), jedes weitere Wort 10 Bg.  
 Strichdruck und Schriftstellern-  
 zeigen das erste Wort 10 Bg., jedes  
 weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buch-  
 staben zahlen für zwei Worte. Interesse  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 6 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 12. Januar 1913.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Arbeiter und Arbeiterinnen!

Zwischen Kriegsgefahr und Teuerung ist Eure Sorge geteilt! Die Furcht vor dem Kriege lastet auf dem Wirtschaftsleben und verändert den Beschäftigungsgrad der Industrie, vermindert Eure Arbeitsgelegenheit gerade zur Winterszeit, die ohnehin vermehrte Arbeitslosigkeit bedeutet.

Diese Zeit haben die unerfättlichen Agrarier zu einem neuen Vorstoß benutzt und schon haben sie die Regierung auf die Knie gezwungen. Sene geringen Zollerleichterungen, die den Großstädten gewährt worden sind, sollen nur bis zum 1. April in Geltung bleiben, ja die Gefahr besteht, daß sie noch früher beseitigt werden. Und auch die städtischen Schlächtermeister einflussreiche Wähler unter dem Dreiklassenwahlrecht, laufen Sturm gegen die städtische Fleischversorgung.

Deshalb müßt Ihr Alle, die Ihr unter der Teuerung schwere Not leidet, heute in die Versammlungen kommen!

Es gilt Protest zu erheben gegen den agrarischen Uebermut, es gilt die städtische Fleischversorgung zu verteidigen, es gilt einzutreten für energischer und wirksamere Maßregeln zur Linderung der Not!

Erscheint in Massen in unseren Versammlungen!

## Agrarisch ist Trumpf.

Die Teuerungskommission des Reichstags hat am Sonnabendmorgen ihre Beratungen fortgesetzt und zum Abschluß gebracht. Das Ergebnis sei vorweg festgestellt: alle von den sozialdemokratischen und fortschrittlichen Mitgliedern der Kommission gestellten Anträge wurden abgelehnt, die Regierungsvorlage wurde schließlich mit allen gegen die der konservativen Stimmen angenommen.

Die auf sozialdemokratische Aufforderung hin schließlich fixierte, tags zuvor mündlich abgegebene Erklärung der Regierung jagt tatsächlich klipp und klar: vom 1. April 1914 ab hören alle bisher gewährten Erleichterungen auf; wenn es die Verhältnisse gestatten, wird die Regierung schon vorher Schluss machen!

Mit größerer Offenheit hätte die Regierung in der Tat nicht bekunden können, daß sie auf das Stirnrücken der Agrarier hundertmal mehr achtet, wie auf den Notleidenden der vielen Millionen, die durch die Agrargeetze zum Darben gezwungen sind.

Die Verhandlungen begannen mit einer Danks- und Aber-Rede des nationalliberalen Abgeordneten Kölsch, der für die Landwirtschaft forderte, bis sie den gesamten Fleischbedarf allein decken können. Geduld empfahl er den Arbeitermassen, die billiges Fleisch verlangen. Von einer Unternahrung könne keine Rede sein! Der Zentrumsagrarier Herold, einer der engagiertesten Köhler, wandte sich gegen den das Fleisch verteuern den Zwischenhandel. Das direkte Eingreifen der Städte habe die Preise auf Kosten des Zwischenhandels gedrückt. Hier müsse weitergearbeitet werden, am besten durch den Abschluß von Verträgen zwischen den Städten und landwirtschaftlichen Organisationen. („Damit die Fleischermeister ganz tot gemacht werden!“) schrieb der Fortschrittler Koch entsetzt dazwischen. Das jetzige Notgeschick erweise ihm sehr bedenklich, weil es Bölle zurückvergüten will. Ihm wäre es lieber gewesen, wenn davon gar keine Rede gewesen sei; besser wäre wohl eine direkte „Vergütung“ an die Städte aus Reichsmitteln gewesen. Im übrigen redete der schwarze Agrarier gegen alle Anträge zu der Vorlage.

Mit erdrückendem Material fertigte unser Genosse Schmitt-Bürgburg die Redereien seiner schwarzblauen Vondelente in der Kommission, Mahinger und Weisböck, ab. Die hatten allerlei unrichtige Angaben über die Viehzucht in Bayern gemacht. Und wie schauen die Tatsachen aus? In Bayern sind 1912 688 124 Stück Schlachtvieh weniger gezählt worden als im Vorjahre!

171 813 Stück Rindvieh,  
 255 832 „ Schweine und  
 261 470 „ Schafe

weniger wurden ermittelt. Von der bayerischen Regierung war den Arbeitern besonders die Kaninchenzucht empfohlen worden. Re-

sultat nach Jahresfrist: 61 850 Stück weniger! Das ist übrigens kein Wunder. Wo sollen denn die in elenden Wohnungen hausenden Arbeiter Kaninchenzucht treiben? Auf dem Blumenbreit? Im Kohlentoppen oder in Zigarrenstiften? Die einfältigen Behauptungen von der Interessengemeinschaft der großen und kleinen Landwirte wies Schmitt mit einigen kräftigen Bemerkungen ab, während er in bezug auf die notorisch feststehende Unternahrung breiter Volksschichten auf die vorliegenden amtlichen Materialien verwies. Da in einer der Kommission zugegangenen Fleischermeisterlichen Zuschrift die schwersten Vorwürfe gegen Berliner Warenhäuser erhoben worden waren, hatte Schmitt Veranlassung genommen, sich in einem der bedeutendsten Warenhäuser persönlich zu informieren. Er hat nicht nur die Fleischwaren selbst in Augenschein genommen, sondern auch die Bücher usw. gewissenhaft geprüft. Und auf Grund dieser Prüfungen konnte er feststellen, daß alle Vorwürfe der Interessenten glatt erfinden, durchweg unwahr waren!

Dem thüringischen Agrarier Arnstadt, der seine Sprüchelein zum zweiten, dritten und vierten Male herzogte, erwiderte Genosse Würm in famoser Weise. Gegenüber dem Grafen Kanig, der auf die uns Sozialdemokraten wohlbelannte internationale Teuerung hingewiesen hatte, stellte unser Genosse fest, daß wir die leuren Weltmarktpreise plus der Steuerungen zahlen müssen, die wir den agrarischen Jöllern, Grenzsperrern usw. zu danken haben, allen den Maßnahmen, gegen die wir auf das energischste ankämpfen. Gerade diese Agrargeetze sind es ja auch, die den Viehkommissionären die preistreibende Tätigkeit erheblich erleichtern. Würm beleuchtete dann die albernen Behauptungen über den Nutzen, den auch die kleinsten Bauern haben sollen von den Jöllern, in recht eindringlicher Weise. Selbstverständlich bekommt auch der kleinste Bauer, der nur eine Kleinigkeit zum Verkauf bringt, infolge der Jölle einen höheren Preis. Aber die Jölle haben die ungerechtmäßige Eigenschaft, daß sie nicht nur verteuern, was der Bauer verkauft, sondern auch das, was er einkaufen muß! Und da der Einkauf an Lebens- und Futtermitteln, sowie notwendigen Gebrauchsgegenständen für den Kleinbauern viel größer ist als sein Verkauf, so ist auch er den Großgrundbesitzern genau so tributpflichtig, wie die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung. In eingehender Weise schilderte Würm dann das vielerörterte Angebot des Pommerischen Verbandes an die Stadt Berlin. Die Berliner Stadtverwaltung würde geradezu gewissenlos handeln, wenn sie das gemachte Angebot akzeptierte. Zum Schluß verlangte unser Genosse Auskunft von der Regierung über die tags zuvor an die Wand gemalte, der deutschen Viehzucht angeblich drohende Deutenpest infolge des „Nachschubs sibirischen Viehs nach Westen“, wenn fernerhin aus Rußland große Mengen Fleisches nach Deutschland eingeführt würden. Davon könne unter gar keinen Umständen die Rede sein. Diese Auslassungen des Regierungsvertreters erschienen ebenso als eine Verleugung vor den Agrariern, wie die weitere Erklärung, daß unter keinen Umständen über den 1. April 1914 hinaus die jetzigen Vergünstigungen gewährt werden würden. Wie läche eine Regierung, die gar nicht vorauszuweisen vermag, wie die Verhältnisse sich entwickeln werden, eine solche unerhörte Erklärung abgeben!

Der Unterstaatssekretär Richter suchte die kritisierten Erklärungen in etwas harmloserer Weise erscheinen zu lassen, hatte damit aber wenig Glück. Nicht mehr Glück hatte Herr Giesberts mit dem Versuch, sein volksfreundliches Herz zu offenbaren.

Aus der weiteren Debatte ist nur noch bemerkenswert die vom Genossen Hoch eingeleitete Debatte über eine sozialdemokratische Resolution, die den Reichskanzler ersuchen will,

„bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß allgemein die Einfuhr von frischem Fleisch und Schlachtvieh in derselben Weise zugelassen werde, wie für die großen Städte“.

Er verwies auf die Erfahrungen der Stadt Hanau. Die Fleischzufuhr der Stadt Frankfurt läßt für Hanau gar keine Wirkung aus. Als Hanau von Frankfurt ausländisches Fleisch bezog, sanken die Preise sofort. Nun aber verbietet die preussische Regierung der Stadt Hanau den Bezug ausländischen Fleisches aus Frankfurt, weil die Vergünstigungen nur für „große“ Städte eingeräumt worden seien! Deshalb sei die Annahme der Resolution dringend notwendig.

Obwohl die Sozialdemokraten auf Grund der Aussprache sich zu einigen Veränderungen der Resolution verstanden, wurde diese doch abgelehnt. Für sie stimmten nur die Sozialdemokraten, die Fortschrittler und zwei Zentrumsabgeordnete.

Festgestellt sei, daß ein Vertreter des preussischen Landwirtschaftsministeriums erklärte, er wolle den zuständigen Referenten über den Hanauer Fall genau informieren und ihn bitten, noch einmal „in Erwägungen einzutreten“.

Alle sozialdemokratischen und fortschrittlichen Anträge wurden sodann abgelehnt. Für den sozialdemokratischen Antrag, der die Befreiung des § 13 des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes verlangte, stimmten nicht einmal die Fortschrittler!

Die Regierungsvorlage, durch die lediglich die wenigen Erleichterungen akzeptiert werden, die bisher schon in Übung sind, wurde sodann gegen die vier konservativen Stimmen angenommen.

Die Verhandlungen haben erneut erwiesen, daß der Reichstag eine kompakte agrarische Mehrheit hat, die nicht gewillt ist, auf den Notleidenden des Volkes zu hören. Die Privatinteressen der Großen in der Landwirtschaft zu schützen und zu fördern ist das Leitmotiv der konservativen, nationalliberalen und Zentrumsabgeordneten. Dabei geben die Herrschaften von dem Gesichtspunkte aus, daß eine Hand die andere wäscht. Ohne Landwirtschaftszölle keine Industriezölle — das ist die Lösung des Rätsels, warum selbst die Ver-

treter des Großhandels und der Industrie den Agrariern kein Karoli zu bieten wagen.

Es ist die alte Geschichte: der Kapitalismus in der Stadt und auf dem Lande ist sich einig in der Vertretung kapitalistischer Interessen. Notwendiger denn je zuvor ist deshalb die Aufklärungsarbeit in den Kreisen der Arbeiter und Kleinbauern, der kleinen Geschäftsleute und Beamten — gegenüber dem Kapitalismus haben sie proletarische Interessen zu vertreten. Solange große Massen dieser Volksschichten kapitalistischen Parteien nachlaufen — in Vertretung ihrer eigenen Interessen und des Charakters der sie täuschenden Parteien —, solange brauchen die Agrarier nichts für ihre politische Macht zu fürchten.

Eine Partei nur gibt es, die die Interessen der werktätigen Bevölkerung vertritt, die sozialdemokratische.

## Vor der Intervention.

Für Montag steht die Ueberreichung der gemeinsamen Note der Mächte in Konstantinopel in Aussicht. Sie wird die Ueberzeugung ausdrücken, daß ein weiterer Widerstand der Pforte gegen die Hauptforderungen der Balkanmächte nicht im türkischen Interesse liege und daß insbesondere Adrianopel abgetreten werden müsse, um den abzuschließenden Frieden zu einem dauernden zu machen. Ob auch bei den Balkanmächten ein ähnlicher Schritt unternommen werden wird, ist zweifelhaft.

Sind also die Mächte über die Frage der Abtretung von Adrianopel einig, so scheint dies in anderen Fragen nicht der Fall zu sein. Von den Ägäischen Inseln ist in der Note nicht die Rede und man darf annehmen, daß hier ein Gegensatz zwischen den Mächten der Tripelentente und des Dreibundes besteht. Während Frankreich für die Abtretung aller Inseln an Griechenland eintritt, schlägt Italien vor, daß Griechenland die Inseln räumen solle. Diese würden dann eine von den Großmächten festgesetzte Autonomie unter der Souveränität der Türkei erhalten. Es sollen danach nicht nur die der kleinasiatischen Küste unmittelbar vorgelagerten Inseln Mytilene, Chios, Rhodos, und Kos, sondern auch die am Dardanelleneingang gelegenen Somothroae, Imbros, Tenedos und Lemnos der Türkei verbleiben. Der italienische Vorschlag ist offenbar von der Absicht diktiert, die künftige griechische Seegelung möglichst einzuschränken; in manchen Kreisen wird auch der Verdacht laut, daß Italien selbst die eine oder die andere Insel behalten möchte.

Zu diesem Gegensatz kommt dann noch der durch das Vorgehen Rumäniens geschaffene. Rumänien sucht die kritische Situation zu begünstigen, um seine „Kompensationen“ in Sicherheit zu bringen, mit anderen Worten Bulgarien einen Gebietsstreifen mit der wichtigen Donauaufsehung Silistria abzuschneiden. Es droht, falls Bulgarien nicht nachgibt, einfach das strittige Gebiet zu besetzen. Dieses rumänische Vorgehen wird von Rußland, aber auch von Frankreich und England verurteilt, während Oesterreich und Deutschland die rumänische Forderung begünstigen. Der rumänische Außenminister ist in Konstantinopel und es ist wahrscheinlich, daß er dort über ein gemeinsames Vorgehen mit der Türkei unterhandelt, falls Bulgarien in seinem Widerstand beharrt.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die Türkei den interessierten Mächten mit wenig Respekt begegnet und schon jetzt erklärt, daß ihr Schritt erfolglos bleiben, Adrianopel nicht werde abgetreten werden. Was aber dann? Denn falls wirklich das Eingreifen der Mächte vermeintlich wäre, würde die Situation außerordentlich kritisch. Und wird die Einigkeit der Mächte eine solche Krise überdauern?

### Bestimmung in England.

London, 11. Januar. Das Reutersche Bureau erfährt aus diplomatischen Kreisen, daß wachsende Mißstimmung über die Lage herrsche. Es wird betont, daß dies nicht einer bestimmten Entwicklung zuzuschreiben ist, sondern zunächst der andauernden Unnützbarkeit der Türkei, ferner den Nachrichten aus Bukarest, die zu Besorgnissen vor Verwickelungen Anlaß geben, die aus der rumänisch-bulgarischen Situation entspringen könnten. In der Zusammenkunft der Botschafter, die sich gestern hauptsächlich mit den in Konstantinopel zu ergreifenden Maßnahmen befaßte, zeigt sich fortdauernd Uebereinstimmung. Alle Mächte sind von der Notwendigkeit durchdrungen, daß die Türkei Adrianopel aufgeben müsse.

### Bulgarien und Rumänien.

London, 11. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hatten der rumänische Minister Joneanu und der rumänische Gesandte Mischu heute vormittag mit Sir Edward Grey eine Zusammenkunft im Auswärtigen Amt.

Bukarest, 11. Januar. (Meldung des Wiener N. N. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) In hiesigen informierten Kreisen ist man geneigt, in der amtlichen Mitteilung der bulgarischen Regierung an Rumänien, daß Donew beauftragt sei, die

unterbrochenen Verhandlungen mit dem Gesandten Mischu wieder aufzunehmen, das Zeichen einer gewissen Entspannung zu erblicken.

### Eine Erklärung des rumänischen Gesandten.

Paris, 11. Januar. Der Vertreter des Depeschendebureau Gerold hatte heute vormittag eine Unterredung mit dem hiesigen rumänischen Gesandten Lahovary. Dieser erklärte: Die von Minister Fonzeu aus London hier eingetroffenen Meldungen lauten ziemlich pessimistisch. Dr. Danew gibt immer nur ausweichende Antworten, er geht wie die Aage um den heißen Brei und will die Angelegenheit niemals von Grund aus besprechen. Rumänien muß aber auf seinen Forderungen bestehen. Es ist bekannt, daß selbst bulgarische Politiker diese für vollständig berechtigt finden. Unsererseits sind alle Vorbereitungen getroffen und wir können unsere Armee jeden Tag auf den Kriegszug stellen. Dies weiß Bulgarien ganz genau, und es will daher es zu seinem Konflikt kommen lassen, der aber unaussprechlich sein würde, wenn Bulgarien immerwährend nur Ausschüfte machte. Die Grenzfrage muß ein für alle Mal geregelt werden, um etwaigen späteren Komplikationen vorzubeugen. Wir müssen auf Silistria bestehen, Rumänien hat während des Balkankrieges vollste Neutralität gewahrt, jetzt ist aber der Augenblick gekommen, wo wir unsere Angelegenheiten mit Bulgariens erledigen müssen.

### Türkische Hoffnungen.

Frankfurt a. M., 11. Januar. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Konstantinopel telegraphiert: Der rumänische Entschluß, zur Sicherung seiner Grenzen heute oder morgen in Bulgarien einzumarschieren, wurde hier gestern spät abends durch diplomatische Depeschen bestätigt. (?)

Er erregte großes Aufsehen. Wenn auch erwartet wurde, daß angesichts der Ereignisse auf dem Balkan Rumänien nicht in Inaktivität beharren werde, so glaubte man doch, daß Rumänien durch diplomatische Verhandlungen eine Entschädigung zu erreichen suchen werde.

Sowohl der russische wie auch der österreichisch-ungarische Gesandte in Bukarest suchten vorgestern in Audienzen beim König Karol diesen von seinem Vorhaben des Einmarsches in Bulgarien abzubringen, da dies doch einen neuen Krieg bedeute.

König Karol verharret jedoch unerbittlich auf seinem Standpunkt. „Ich tat alles“, erwiderte er, „um Bulgarien von der absoluten Notwendigkeit einer Verständigung zu überzeugen. Dann versänderte ich mein Wort, daß ich noch drei Tage Zeit gewähren würde. Dies Wort darf nicht uneingelöst bleiben.“

### Rot Stutari.

Cetinje, 11. Januar. Amlich wird gemeldet: Die türkischen Truppen auf dem Tarabosch griffen gestern die Vorposten der Südarmer an. Ihr Angriff wurde jedoch abgeschlagen. Das Gewehrfeuer und die Kanonade dauerte drei Stunden, ohne bei den montenegrinischen Truppen Schäden anzurichten. Die Lage in Stutari muß verzweifelt sein. Täglich kommen Flüchtlinge bei uns an und erzählen, daß der Zustand in der Stadt besonders für die Einwohner unerträglich ist.

### Wirrnisse.

Aus Konstantinopel schreibt uns Genosse Parvus: Alles geht durcheinander und wie auch die von der Friedenskonferenz angerichtete Konfusion sich lösen mag, so hat man doch hier den bestimmten Eindruck, daß die türkische Regierung abermals duplet wurde. Als ein Fehler wird schon der Abbruch des Waffenstillstandes betrachtet. Man sagt: Nach allem, was seit dem Waffenstillstand bekannt geworden ist, war die Situation der bulgarischen Armee eine derartige, daß sie für längere Zeit weder bei Adrianopel noch bei Tschataldscha große Unternehmungen mehr hätte wagen dürfen. Also wäre auch ohne den Waffenstillstand die Situation genau dieselbe wie jetzt. Die Armeen mußten ausruhen, neue Kräfte gesammelt werden. Es würde in den abgelaufenen Wochen keine neue Entscheidungsschlacht bei Tschataldscha, kein neuer Sturm auf Adrianopel stattgefunden haben. Was hat also die Türkei durch den Waffenstillstand gewonnen? Nichts. Ja, wenn man während der Zeit Adrianopel hätte verproviantieren können, wäre es anders gewesen. Aber das gerade war durch die Bedingungen des Waffenstillstandes ausgeschlossen. Adrianopel wurde ausgehungert. Dagegen durften proviantierte Adrianopel passieren, die für die bulgarische Armee bestimmt waren. Betrug! Verwal! — so heißt es jetzt nachträglich: wir haben die bulgarischen Soldaten satt gemacht, indessen die Vorräte von Adrianopel immer mehr zusammenschmolzen sind. Noch schlimmer war die moralische Wirkung. Solange es keinen Waffenstillstand gab, erwartete alle Welt von der angreifenden bulgarischen Armee große Aktionen. Jeder Tag, der ohne Entscheidung verlief, war eine Blamage für die Bulgaren, ein Triumph für die Türken. Jeder Tag ohne Entscheidung mußte die Stimmung in der bulgarischen Armee verschlechtern, sie unsicher und schwankend zu machen, während umgekehrt, in der türkischen Armee mit jedem gewonnenen Tag die Zuversicht steigen mußte. Aber mit dem Abbruch des Waffenstillstandes wurde das alles hinfällig. Von da an war es ja selbstverständlich, daß die bulgarische Armee nichts unternahm. Mehr noch, die Ausfälle der Adrianopel Garnison, die, wie seitdem bekannt wurde, die bulgarische Armee stark beunruhigten, und die Scharmützel bei Tschataldscha mußten aufhören.

Diese Betrachtungen lassen sich nicht ohne weiteres zurückweisen. Der Waffenstillstand wurde geschlossen, weil man den Frieden wollte. Gewiß, der Friede war und ist notwendig. Aber dann mußte man auch energisch handeln und auf den sofortigen Friedensschluß bestehen. Statt dessen schlug die türkische Regierung selbst eine Verschiebungstatist ein und glaubte, durch diplomatische Kniffe und List das nachholen zu können, was die Armee nicht zustande bringen konnte. Sie hoffte auf einen europäischen Krieg, spekulierte schließlich auf den Streit zwischen den Bulgaren und Griechen, und da die Gegensätze haben und drüben denn doch noch immer überwunden wurden, so steht sie jetzt da, wie der bekannte Lohgerber, dem die Felle weggeschwommen sind.

Wie nun auch die Sache enden mag, ob Friede geschlossen wird, oder der Krieg wieder entbrennt, die Tage des Kabinetts Riamil Pascha sind gezählt. Diese Staatsmänner der Hamidischen Vorkriegszeit haben sich in einer Weise blamiert, daß sie nicht mehr aufkommen können. Von allen Seiten wird ihnen die Gefolgschaft versagt. So hat neulich selbst die Zeitung „Iblam“, die das treueste Organ Riamils für die Zeit der Komitewherrschaft war, diesem in höflicher, aber sehr klater und entschiedener Form zugeredet, seinen Posten aufzugeben. Jetzt fordert auch Lufti-Pascha, der bekannte Wortführer der früheren Oppositionellen, mit aller Entschiedenheit die Bildung eines Kabinetts der Jungen. Was die eventuelle Wiederaufnahme der Kriegsoptionen anbetrifft, so sind alle jungtürkischen Elemente dafür.

### Gegen die Regierung.

Konstantinopel, 11. Januar. Der frühere jungtürkische Depu- tierter Maguerie Goidar hat an den Sultan ein Telegramm ge- richtet, in welchem er erklärt, die Nation sei entschlossen, die Gräber

der Sultane in Koffow und Adrianopel nicht in den Händen des Feindes zu lassen, und bittet, die Regierung solchen Händen anzu- vertrauen, die zur Fortsetzung des Krieges befähigt seien.

## Der Kampf um die Konkurrenzklause.

Die Aussprache über den Entwurf zur Aenderung der §§ 74, 75 und des § 76 des Handelsgesetzbuchs nahm am Sonntag die ganze Sitzung des Reichstags in Anspruch; sie dauerte 6 1/2 Stunden. Der Entwurf bezieht sich auf die Konkurrenzklause der Handlungsgehilfen und Lehrlinge, also auf die Vereinbarungen, durch die die Angestellten sich verpflichten, nach ihrem Austritt aus ihrer Stelle nicht in gewisse Konkurrenzgeschäfte einzutreten. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts hatte sich am Tage vorher die Begründung des Entwurfes sehr leicht gemacht; er hatte sich damit begnügt, die Gründe der Unternehmer gegen eine wirkliche Bekämpfung der durch die Konkurrenzklause ver- ursachten Mißstände vorzutragen.

Diesen Ausführungen trat Genosse Siebel als erster Redner entgegen. Er setzte sich grundsätzlich mit dem Staatssekretär auseinander, indem er nachwies, daß jede Konkurrenzklause den Arbeiter oder Angestellten an seine Stelle fesselt, ihm den Uebertritt in eine günstigere Stelle aufs äußerste erschwert und so im Widerspruch steht mit einem Grundrechte der jetzigen „Ordnung“, mit dem Rechte, seine Arbeitskraft möglichst günstig zu verwerthen. Und das tue man gerade denen an, die sich einzig und allein durch ihre Arbeitskraft ihren Lebensunterhalt verschaffen können. Gegen diese Vergewaltigung der Arbeiter und Angestellten bringe der Entwurf nur ganz ungenügende Verbesse- rungen. Für die Arbeiter und für diejenigen Angestellten, die nicht Handlungsgehilfen sind, soll alles beim alten bleiben. Für die Handlungsgehilfen soll die wichtigste Verbesserung die sein, daß die Unternehmer verpflichtet werden, ihren früheren Angestellten nach ihrem Austritt aus dem Geschäft eine Entschädigung zu zahlen für die Zeit, in der die Kon- kurrenzklause ihn in der Auswahl einer neuen Stelle be- schränkt. Genosse Siebel wies nach, daß diese Entschädigungs- pflicht in Wahrheit die Unternehmer so gut wie gar nicht be- lastet, die Konkurrenzklause aber nach wie vor die Hand- lungsgehilfen an ihre Stelle fesselt. Dafür sollen die bis- herigen Bestimmungen in manchen wichtigen Punkten sogar verschlechtert werden. Ein solcher Entwurf sei ganz unge- nügend; notwendig sei vielmehr das unbedingte Verbot aller Konkurrenzklause.

Die bürgerlichen Parteien mußten unserem Redner darin zustimmen, daß der Entwurf nicht geeignet ist, die allgemein anerkannten Mißstände zu beseitigen. Trotzdem konnten sie sich nicht der Forderung nach dem unbedingten Verbot der Konkurrenzklause anschließen. Nur der Abgeordnete Behrens machte ein Ausnahm, das ist aber für seine Stellung im entscheidenden Augenblick ohne jede Bedeutung. Die übrigen bürgerlichen Redner versprachen mit vielen Worten, daß sie den Handlungsgehilfen so viel helfen möchten, wie — es nur irgend möglich sei. Und dann stellten sie mehr oder weniger tiefinnige Betrachtungen darüber an, auf welche Weise sie bei der Bekämpfung der Konkurrenzklause auch „das berechtigte Interesse“ der Unternehmer wahren können.

Gleich der erste Redner der bürgerlichen Parteien, Abge- ordneter Trimborn, trat in der Rolle des Greifes auf, der sich nicht zu helfen weiß. Er beklagte es mit beweglichen Worten, daß seine Partei noch immer nicht wisse, was in der Sache zu tun sei. Die vielen, vielen Jahre, in denen die Frage eingehend besprochen worden ist, habe seiner Partei noch immer nicht die nötige Klarheit gebracht. Aber jetzt, so rief er aus, werde seine Partei die Sache gründlich erwägen.

Mit ähnlicher — Vorsicht redeten auch die anderen bürgerlichen Herren: Dr. Thoma und Marquart von den Nationalliberalen, Weinhausen und Waldstein von den Fortschrittlichen, v. Veit von den Konservativen usw. Daher konnte ihnen der zweite sozialdemokratische Redner, Dr. Quard, mit Recht vorhalten, daß alle schönen Ver- sprechungen, alles Herumflühen mit der Entschädigungs- pflicht usw. den Angestellten gar nichts helfe, während sie in der Stelle sind, an die sie die Konkurrenzklause fesselt. Der so vergewaltigte Angestellte könne nicht einmal seine Ko- alitionsfreiheit verteidigen; jeder soziale Fortschritt werde ihm aufs äußerste erschwert, solange die Konkurrenzklause noch möglich sei. Daher drehe sich der Kampf um das gänzliche Verbot der Konkurrenzklause. In dem Verbot könnten sich die bürgerlichen Parteien nur deshalb nicht entschließen, weil sie nicht den Unternehmern weh tun wollen.

Der Entwurf wurde schließlich einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Bezeichnend ist es, daß bei der Verhandlung über diesen sozialpolitischen Entwurf das Reichsamt des Innern durch Abwesenheit glänzte.

Die nächste Sitzung findet Montag statt. Zur Verhand- lung kommt zunächst der Entwurf über die Jugendgerichte. Als letzter Punkt steht auf der Tagesordnung die zweite Be- ratung des Etats. Begonnen wird sie mit der Aussprache über den Etat des Innern, also mit der großen sozialpoliti- schen Debatte.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Januar 1913.

### Seid den Jesuiten!

Jeder, der, ohne die Tagesordnung zu kennen, am Sonnabend auf der Tribüne des Abgeordnetenhauses gesessen und die Etats- rede des Abg. Graf Praschma vom Zentrum mitangehört hat, der konnte sich in eine Protestversammlung gegen das Jesuiten- gesch versezt glauben. Kein Wort fand der Wortführer des Zen- trums für die brennendste Frage der Gegenwart, die Wahlrechts- frage, kein Wort für die Fleischsteuerung, unter der das Volk leidet, kein Wort gegen die Steuerbelastung, die trotz der glänzenden Finanzen verweigert werden soll. Das Wohl der Jesuiten allein ist es, was ihm am Herzen liegt. Die Jesuiten sind nach ihm die edelsten, tüchtigsten und patriotischsten Leute, sie sind es, die in erster Linie berufen sind, die bürgerlichen Parteien zum gemein- samen Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammenzuführen. Schon aus diesem Grunde müssen sie möglichst schnell in feierlichem Zuge in Preußen eingeführt werden. Unsere Stellung zur Jesuitenfrage ist bekannt. Als Gegner eines jeden Ausnahm- gesetzes sind wir natürlich auch Gegner des Jesuitengesetzes, wir haben nichts gegen seine Aufhebung, wir fürchten die Jesuiten nicht, aber diese übertriebene Verherrlichung ist denn doch so un- angebracht wie nur etwas. Ist denn wirklich die Praxis in Preußen eine schärfere geworden als früher? Selbst wenn der Kultusminister Troitz zu Solz es nicht ausdrücklich versichert

hätte, müßte man zugeben, daß das Gesetz unter Reichmann Holl- weg zurückhaltend gehandhabt wird. Das Zentrum weiß natürlich selbst, daß seine Klagen ganz unbedeutend sind, aber die Wahlen stehen vor der Tür, da braucht es angesichts seiner fortgeschrittenen Verfündigung an dem Volke eine zugkräftige Parole, und die glaubt es in den unbegründeten Klagen über die Zurückführung des Zentrums gefunden zu haben. Daß es im Grunde genommen ein aus den Reihen des Zentrums hervorgegangener „Staatsmann“, der bayerische Ministerpräsident Jehr. v. Hertling ist, der die Jesuitenfrage wieder aufgerollt hat, wollen wir bei dieser Gelegen- heit unerörtert lassen.

Das Magelien des Grafen Praschma war für den National- liberalen Dr. Friedberg das Stichwort, seinem gepredigten Herzen Luft zu machen und wieder einmal eine Kulturkampfsrede zu halten. Das macht sich nach außen recht nett, namentlich wenn man sich in demselben Atemzuge gegen ein radikales Wahlrecht und gegen jede Abschwächung oder gar Aufhebung des § 12 des Fleischschau- gesetzes ausspricht.

Da sowohl der erste Redner, Abg. Windler (L.), als auch Graf Praschma kurz die Bewegung der Ruhrbergleute gestreift hatten, nahm der Handelsminister Sydow Veranlassung, eine Darstellung der Bewegung zu geben, eine Darstellung, die recht drastisch die jammervolle Haltung der Führer der christlichen Bergarbeiterorganisationen illustriert, die den Mund erst nicht voll genug nehmen können und hinterher, ohne irgend etwas erreicht zu haben, zum Rückzug blasen. Vielleicht hat der Minister nicht so ganz Unrecht mit seiner Behauptung, daß es den Führern nur darauf ankomme, die Mitgliederzahl ihrer Verbände zu vermehren. Mögen die heilsuchend organisierten Bergarbeiter aus dieser Dar- stellung die Lehre ziehen, daß sie Vorteile einzig und allein im Zusammenarbeiten mit den freiorganisierten Arbeitern erzielen können. Ueber den Etat selbst wurde fast nichts gesagt.

Montag: Fortsetzung.

### Die Einigkeit im nationalliberalen Lager.

Der Geschäftsführer der Nationalliberalen, Herr Fuhrmann hat jüngst erklärt, daß der vom „Vorwärts“ im Auszug wieder- gegebene scharfe Angriff der „Hamburger Nachrichten“ gegen den nationalliberalen Parteiführer Wassermann nicht von der alt- nationalliberalen Gruppe ausgegangen, sondern eine Spezialleistung des Hamburger Blattes sei. Dafür muß er sich von den „Ham- burger Nachr.“ eine recht seltige Abfertigung gefallen lassen:

Der vor kurzem unter obiger Ueberschrift und aus national- liberalen Kreisen ausgegangene Artikel hat in der deutschen Presse Aufsehen erregt. Ein Beweis dafür, daß er uns Schwärze getroffen hat. In allen Partrilagern hat man sich mit ihm eingehend beschäftigt und je nach Bedarf kommentiert. Besonders hat ihn natürlich die nationalliberale Presse aufgegriffen und sogar die Parteioffizialen haben Stellung genommen. Wir haben abstrahlich die Wogen der Erregung sich erst verebben lassen, ehe wir von neuem auf diese aktuelle und für das Schicksal der nationalliberalen Partei so eminent wichtige Frage zurückkommen. Um mit den National- liberalen zu beginnen, so hätte man eigentlich erwarten dürfen, daß sie den Klaren, auf reinliche Entscheidung drängenden Ausführungen des Scheideweg-Artikels ihre Zustimmung nicht verlagern würden. Wenn das zum Teil nicht geschehen ist, so ist es unferes Erachtens nur ein neuer Beweis dafür, wie wenig Zielklarheit und Aktivität die Füh- rung des rechten Flügels der Nationallibe- ralen besitzt. Der geschäftsführende Leiter der altnational- liberalen Gruppe, Herr Fuhrmann, hat sich sogar bemüht ge- fährt, in einer Erklärung die Tendenz des uns aus national- liberalen Kreisen ausgegangenen Artikels zu mißbilligen, und hat Herrn Wassermann ein gutes Führungsbildnis ausgestellt. Wir begnügen uns damit, hieron einfach Notiz zu nehmen. Es bestätigt nur, daß Herr Fuhrmann wohl selber nicht recht weiß, was er eigentlich will. Kurzweil, die Psycho- logie des gesamten rechten Flügels der Nationalliberalen ist fessam. Bangt ihnen etwa vor der eigenen Courage? Allerdings wissen wir, daß Herr Fuhrmann durch- aus nicht berechtigt ist, im Namen aller Nationalliberalen zu sprechen, denn hinter ihm steht nur eine, allerdings mächtige Gruppe. Ein anderer Teil der Nationallibe- ralen ist dagegen mit ihm durchaus nicht über- mäßig zufrieden. Inwiefern können wir Herrn Fuhr- mann aber die Anerkennung nicht verlagern, daß er in seiner Entgegung wenigstens die gute Form gewahrt hat. Das kann man leider nicht der „Nationalliberalen Korrespondenz“, dem amtlichen Organ der nationalliberalen Partei, nachrühmen. Diese richtet gegen den in Frage stehenden Artikel „Die Nationalliberalen am Scheidewege“ einen Wuterguß, der nach Form und Inhalt das alte Wort bestätigt, daß, wer schimpft, Unrecht hat.

Zugleich nimmt das Blatt seinen Kampf gegen Wassermann wieder auf, den es dem geheimen Einverständnis mit den „Stettiner Rebellen“ und ihres „partei-schädigen- den Verhaltens“ erklärt.

### Aus dem bürgerlichen Pressumpf.

Die „Hamburger Nachrichten“ sind, seit Bismarck sie zu ver- schiedenen Indiscretionen benutz hat, zu einer gewissen Bedeutung gelangt. Der hohe Bezugspreis dieser Zeitung, 9,50 M. vierteljähr- lich, mußte den Anschein erwecken, als ob das Blatt eine ganz besondere Verbreitung gerade in den zahlungsfähigsten Kreisen habe. In einer Privatklage, die der Verlag der „Hamburger Nachrichten“ gegen einen Redakteur des „Hamburger Fremdenblattes“ ange- strengt hatte, wurden nun ganz erbauliche Sachen festgestellt. Nur der kleinste Teil der Abonnenten der „Hamburger Nachrichten“ zahlt den Bezugspreis von 9,50 M. Verschiedene Vereine erhalten für ihre Mitglieder eine erhebliche Preisermäßigung. So bezahlen Innungsmitglieder 5-7 M., Mitglieder des Alldutschen Verbandes sowie der Offizier- und Kriegerverein 6,50 M. Die Hamburger Beamten zahlen gar nur 3 M. pro Quartal! Abonnements zu diesem Preise werden in einem Geschäftszimmer des Hamburger Rathhauses entgegengenommen. Von den Kolporturen der „Ham- burger Nachrichten“ hat einer unter 50 Abnehmern nur vier, ein anderer unter 500 Abnehmern nur 25, ein dritter unter 200 Abnehmern nur sieben, die den vollen Bezugspreis bezahlen. — Dieses Rabattsystem war in einem Bürgerverein zur Sprache ge- kommen, das „Hamburger Fremdenblatt“ brachte einen Bericht darüber und daraus entwickelte sich dann der Verleumdungsprozeß, die vernommenen Sachverständigen bezeichneten das Geschäfts- gebaren des vornehmen Blattes als ein unlauteres. Weiter wurde festgestellt, daß eine große Zahl Behörden, Hotels und Land- gasthöfe in Rostenburg, Hannover und Schleswig-Holstein das Blatt völlig gratis erhalten.

Mit einem Vergleich, der die Grenzen, innerhalb deren eine Herabsetzung des Bezugspreises erfolgen darf, als flüssig be- zeichnet, endete die Verhandlung, die ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Gepflogenheiten eines ziemlich einflussreichen bürgerlichen Blattes wirft.

### Bei der Präsidentenwahl in der württembergischen Zweiten Kammer

hat die Linke keinen einzigen Sitz erlangt. Sämtliche Posten des Präsidiums sind an Konservative und Zentrumspartheiler gefallen. Nachdem bereits der Präsidentenposten mit einem Konservativen

Beseht worden ist, erfolgte heute vormittag die Wahl des ersten Vizepräsidenten der Zweiten Kammer. Es erhielten v. Nieme (3.) und Kiesling (2.) je 44 Stimmen. Da sich auch im zweiten Wahlgang das Stimmverhältnis nicht änderte, mußte das Los entscheiden, welches für v. Nieme entschied.

Zum zweiten Vizepräsidenten der Zweiten Kammer wurde der Abgeordnete Berger von Bergau (L.-Bauernbund) mit 38 Stimmen gewählt. Dr. v. Sieber (natf.) erhielt 33 Stimmen. Ferner wurden 17 weiße Jettel abgegeben.

### Kein Parzellierungsgefeß.

Am 6. Mai 1911 hat der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer im Hausparlament des preussischen Abgeordnetenhauses erklärt, daß die Regierung sich angelogentlich mit einem Parzellierungsgefeß für die polnischen Landesteile im Osten beschäftigt und dieses Gefeß voraussichtlich schon in der nächsten Session dem Landtag vorgelegt werden könne. Und am 18. Juni hat Freiherr v. Schorlemer diese Erklärung vor dem Plenum des Abgeordnetenhauses wiederholt. Zum großen Schmerz der Galizier ist bisher die Vorlegung eines solchen Parzellierungsgefeßes nicht erfolgt. Um so mehr rechneten die „vaterländischen“ Herren darauf, daß in der laufenden Session das Gefeß an den Landtag gelangen werde. Wie jedoch die „Post“ berichtet, wird auch diesmal der Landtag noch nicht mit einem solchen Gefeßentwurf bedacht werden. Das Jodische Blatt schreibt:

Von besonderer und durchaus zuverlässiger Seite geht uns die nachstehende Mitteilung zu, die sicherlich nicht verfehlen wird, bei allen Freunden einer stetigen und entschlossenen Ostmarken-Politik lebhafteste Zustimmung wahrzunehmen:

„Das Parzellierungsgefeß für die Ostmark, das im Herbst des vergangenen Jahres die Unterfertigung des Königs gefunden hat, und das nach wiederholter Erklärung des gegenwärtigen Landwirtschaftsministers unverzüglich nach Fertigstellung dem Landtage vorgelegt werden sollte, wird wahrscheinlich doch nicht mehr in der gegenwärtigen Session eingebracht werden. Als Grund dafür wird an maßgebender Stelle geltend gemacht, daß das Abgeordnetenhause noch so reichlich mit Arbeitsstoff versehen sei, daß an eine Erledigung des Parzellierungsgefeßes im gegenwärtigen Tagungsabschnitt nicht mehr gedacht werden könne. Ferner sei auch die auswärtige Lage zurzeit nicht eine derartige, daß es angezeigt erscheinen könne, mit einem neuen Kampfgefeß gegen die Polen an die Öffentlichkeit zu treten.“

### Agrarische Vorforg.

Wir sind für alles, nur nicht für billige landwirtschaftliche Produkte, das ist die Lebens-, Welt- und Vorlesungsanschauung unserer Junker und ihrer konservativen Parteien. Recht deutlich wird das, wenn die Einzelheiten des jetzt gerade in den Vordergrund gerückten Subventionsvertrages der deutschen Regierung mit dem „Norddeutschen Lloyd“ etwas genauer betrachtet werden. Der Artikel 26 des Subventionsvertrages bestimmt nämlich bei Androhung einer erheblichen Buße für jede einzelne Zuwiderhandlung und sogar der Unmöglichkeit einer Aufhebung des ganzen Subventionsvertrages, daß die vom Staate subventionierten Linien des „Norddeutschen Lloyd“ keine billigen landwirtschaftlichen Produkte nach Deutschland einführen dürfen. Seine Ursache hat dieser Artikel in einer Resolution, die von den Schwarzen und den Blauen 1898 bei der damaligen Verlängerung des Subventionsvertrages mit dem „Norddeutschen Lloyd“ bis September 1914 im Reichstage eingebracht und angenommen wurde. Das erhebende Dokument agrarischer Vaterlandsliebe und zentralistischer Wohlwollens lautet dahin, daß der Reichstag beschließen möge:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit dem „Norddeutschen Lloyd“ eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß der Reichskanzler die Befugnis erhält, landwirtschaftliche Produkte, welche mit der deutschen Landwirtschaft konkurrieren, von der Einfuhr durch die subventionierten Dampfer nach deutschen, holländischen und belgischen Häfen auszuschließen.“

Der Artikel 26 geht noch weiter, er verlangt sogar, daß die Subventionsdampfer selbst in den niederländischen und belgischen Anlaufhäfen den Probant und ebenso die Kohle tunlichst aus deutschen Quellen beziehen, und so den deutschen Getreidehändlern und Kohlenhändlern ihre Konkurrenz erweisen müssen.

Bei der Erneuerung der Agrarsubvention für die deutsche Ostafrika, die 1899/1900 erfolgte, wurde ebenso in einer Resolution der agrarische Wunsch, das heißt auf gut Deutsch Befehl angebracht, wieder zu vereinbaren, daß landwirtschaftliche Produkte des Auslands, welche mit denen der deutschen Landwirtschaft konkurrieren, von der Einfuhr auszuschließen seien!

Gegenüber den berechtigten Wünschen der sozialdemokratischen Fraktion — wie zum Beispiel bei der letzten Erneuerung der Subventionsverträge mit dem Norddeutschen Lloyd — in erster Linie auf den Subventionsdampfern welche Schiffeleute und nicht farbige Schiffsmannschaft zu verwenden, hatte der Reichstag natürlich taube Ohren. Das Wichtigste bleibt eben die Sorge um die Verteuerung der deutschen Nahrungsmittel.

### Probatum est.

Die Direktion des Lehrerseminars in Petersburg bei Witten hat in schließlichen Mächten darüber nachgedacht, wie dem Zeitstil, genannt Fleischnutzung, seine alte Einwirkung auf das Lehrerbildungsstudium genommen werden könnte, und siehe da, es ist etwas recht Praktisches dabei hervorgekommen. Nach der „Wittenber Zeitung“ ist den Kostwärtin, bei denen die Seminaristen und Präparanden in Pension sind, von der Seminarleitung aufgegeben worden, den jungen Leuten das Frühstück ohne Aufschnitt zu verabreichen und außerdem bei den Mahlzeiten die Fleischportion einzuschränken und statt dessen reichliche Gemüsekost zu geben!

Es ist das probate Mittel des Bauern, der seinem Efel das Freßeln abgewöhnen wollte.

### Wann kommt die Ermäßigung der Zuckerversteuer?

Der Zucker war von jeher ein beliebtes Steuerobjekt. Man verfolgte dabei den doppelten Zweck: einmal, den fiskalischen Hunger zu befriedigen, dann auch, Mittel für die umfangreiche Fremdenwirtschaft zu erlangen. Fast ein Vierteljahrhundert lang, bis zum Jahre 1903, betrug die Zuckerverbrauchsabgabe 20 M. pro Doppelzentner oder 10 Pfennige pro Pfund Zucker. Dann erfolgte, als Resultat der Abmachungen der an der Brüssel-Zuckerkonvention beteiligten Staaten, im Jahre 1903 eine Ermäßigung der Steuer auf 14 M. Als eine wohlthätige Folge dieser Maßnahme war ein sofortiges starkes Hinwachsen des Zuckerverbrauchs zu konstatieren. Der Konsum, der im Jahre 1891/92 erst 11,87 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung ergab, war 7 Jahre später um 1 Kilogramm gestiegen. Nach der Ermäßigung der Steuer im Jahre 1903/04 zeigte sich ein plötzliches Hinwachsen der Konsumziffer auf 19,3 Kilogramm der Bevölkerung. Das war im Interesse der gesundheitlichen Entwicklung des Volkes sehr zu begrüßen. Seines hohen Nährwertes wegen müßte der Zuckerkonsum viel größer sein; er könnte noch außerordentlich gesteigert werden. In England, das nur sehr wenig Rübenzucker produziert, ist der Konsum von Zucker viel größer als in Deutschland. Würde doch deutscher Zucker früher mit Hilfe der Ausfuhrprämie so billig nach England geliefert, daß er dort um 50 und mehr Prozent billiger als im Produktionsland Deutschland verankert werden könnte. Trotz der noch immer wirksamen Steuer von 14 M. ist der Verbrauch von Zucker langsam weiter gestiegen, bis auf 21,15 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1910/11. Die außerordentlich geringe Produktion im nächsten Jahre ließ den Konsum wieder zurückgehen. Es wurden pro Kopf nur noch 18,81 Kilogramm verbraucht. Wir wären längst auf eine erheblich größere Verbrauchsmenge gekommen, wenn die bereits im Jahre 1908 beschlossene weitere Herabsetzung der Zuckerversteuer, von 14 auf 10 Mark, Geltung erlangt hätte. Damals sträubten sich sogar die Freistämigen

gegen die Ermäßigung. Das mag der Regierung und den blauschwarzen Lebensmittelparteien den Mut eingeblüht haben, das Zutrittretreten der Steuerermäßigung immer weiter hinauszuschieben. Mit allem Nachdruck muß nun aber die Preisgabe der höheren Steuer verlangt werden. Infolge der Verbrauchssteigerung ist nämlich, trotz der Herabsetzung der Steuer von 20 auf 14 M. und der gleichzeitigen Ermäßigung der Zölle, die aus den Abgaben pro Kopf der Bevölkerung sich ergebende Last gewachsen. Nach den Ausweisen in den Vierteljahrsberichten zur Statistik des Deutschen Reiches (4. Heft 1912) betrug die Verbrauchsabgabe, einschließlich der Zölle, pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1886/87 bei der höheren Steuer nur 1,05 M., im Jahre 1910/11 jedoch 2,06 M. Demnach ist die Last um über 60 Prozent gestiegen.

Die Zölle werden erhöht, hermetisch verschlossene Grenzen verwehren die Einfuhr von Vieh und Fleisch und der Ermäßigung der Zuckerversteuer stellen die Volkseinde hartnäckigen Widerstand entgegen. Das sind unerträgliche Zustände!

### Frankreich.

#### Die Präsidentenwahl.

Paris, 9. Januar. (Fig. Ver.) Am 17. Januar tritt im Schloß von Versailles die Nationalversammlung zusammen, die zur Wahl des Präsidenten der Republik berufen ist. Sie wird von den vereinigten beiden Kammern gebildet und stellt bei dieser Gelegenheit eine reine Wahlförperschaft dar, d. h. sie hat kein Recht, irgend eine Beratung zu pflegen, zum Unterschied von der zur Verfassungsrevision berufenen Nationalversammlung. Die Wahl erfolgt mit absoluter Mehrheit, die Wahlgänge sind also solange fortzusetzen, bis sich eine solche ergibt. Nötigenfalls müßte daher die Versammlung vertagt werden. Die Abstimmung wird mit Namensaufruf auf der Tribüne vorgenommen. Ihr Ergebnis wird von 36 ausgelosten Statutoren festgestellt. Sofort nach der Verkündung der Abstimmung wird das Sitzungsprotokoll verlesen und die Sitzung vom Präsidenten — als solcher fungiert der Präsident des Senats bzw. die Vizepräsidenten — geschlossen. Erst nachher teilt der Ministerpräsident dem Erwählten seine Wahl in Gegenwart der Präsidenten beider Kammern offiziell mit.

Besondere Bedingungen der Wählbarkeit werden vom Gesetz nicht gefordert. Die Verfassung von 1848 forderte, daß der Präsident geborener Franzose sei, seine Staatsangehörigkeit nie unterbrochen habe und 30 Jahre alt sei. Heute genügt der Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte. Eine Ausnahme wird nur durch das Gesetz vom 14. August 1884 aufgestellt, das die Mitglieder der Familien, die Frankreich regiert haben, ausschließt.

Die Nationalversammlung ist mindestens einen Monat vor dem gesetzlichen Erlöschen der Befugnisse des amtierenden Präsidenten einzuberufen.

Der Präsident der Republik ernennt die Minister. Sein Vortritt verleiht ihm ausdrücklich dazu das Recht, aber es wird aus dem Art. 3, § 3 des Verfassungsgesetzes vom 25. Februar 1875 abgeleitet, daß ihm die Ernennung bzw. Absetzung aller Zivil- und Militärbehörden überträgt. Danach stünde ihm auch das Recht zu, die Minister abzusetzen. Tatsächlich ist aber das Ernennungsrecht sehr eingeschränkt. Der Präsident kann wohl Minister berufen, die nicht die Mehrheit in der Deputiertenkammer haben, aber er muß dann die Kammer auflösen, wozu er der Zustimmung des Senats bedarf und muß, wenn dieselbe oppositionelle Mehrheit wiederkommt, offenbar Minister aus ihrer Mitte wählen. Der Präsident hat auch das suspensive Vetorecht in Gesetzgebungsfragen, d. h. er kann, vor der Promulgierung eines Gesetzes, durch eine mit Motiven versehene Botschaft von den beiden Kammern eine zweite Beratung verlangen, die nicht verweigert werden darf.

Tatsächlich hat in Frankreich das Parlament und in diesem die Deputiertenkammer das politische Übergewicht. Der Präsident wird als ein repräsentatives Organ des Volkswillens angesehen, wohl als ein Ebenbürtiger des Parlaments, aber doch als sein Vollzugsorgan. Das Aufhebungs- und das Vetorecht sind tote Buchstaben geblieben und seit 1877 hat kein Präsident diese Rechte auszuüben gewagt. Auch ist die Bestimmung der politischen Unverantwortlichkeit des Staatsoberhauptes durchaus nicht eingehalten worden, da von den sechs Präsidenten seit 1875 drei — Mac Mahon, Grévy und Casimir-Perier — genötigt wurden, sich vor dem gesetzlichen Ablauf ihrer Mandate zurückzuziehen.

Wir sehen, daß diese Nachsichtigkeit gar nicht durch die genug elastischen Verfassungsartikel bedingt ist. In einer Epoche, wo die Stimmung der breiten Massen der bestehenden Klassen dem Parlamentarismus wenig günstig ist, könnte ein energischer Präsident, dessen Persönlichkeit von nationalistischen Strömungen getragen wird, entscheidend in die Politik des Staates eingreifen. Besonders auch in die auswärtige Politik. Art. 8 des Gesetzes vom 16. Juli 1875 sagt: „Der Präsident der Republik verhandelt über die Verträge und ratifiziert sie. Er gibt den Kammern davon Mitteilung, sobald es die Interessen und die Sicherheit des Staates gestatten.“ Die Geheimdiplomatie versteckt sich so hinter die Unverantwortlichkeit des Präsidenten. Man beargwöhnt, welche Wirkungen für den gesamten politischen Charakter der Republik eine Präsidentenwahl wie die bevorstehende haben kann, die im Zeichen eines Zusammenbruchs der radikalen Parlamentsmehrheit vor sich geht.

#### Ein reaktionärer Streich Millerands.

Paris, 11. Januar. In parlamentarischen Kreisen machte sich heute auf die Nachricht hin, der aus der Drehwassersache bekannte Oberleutnant Du Paty de Clam solle wieder in die Territorialarmee eingereiht werden, eine gewisse Erregung bemerkbar. Daraufhin wurde am Abend eine Note ausgegeben, in der erklärt wird, daß Kriegsminister Messimy zur Zeit der Angelegenheit von Agadir der Wiedereinstellung Du Paty de Clams grundsätzlich zugestimmt habe unter der Voraussetzung, daß Du Paty de Clam die falsche Anschuldigung, die er infolge seiner Verurteilung gegen den Senat gerichtete habe, zurückziehe. Du Paty de Clam habe seine Klage darauf freiwillig zurückgezogen. Messimy erklärte nun, er habe Du Paty de Clam zwar versprochen, ihn im Kriegsjahre wieder einzustellen, doch sei es ihm später weder vorderhand noch politisch richtig erschienen, dem Ansuchen des Oberleutnants stattzugeben.

Paris, 11. Januar. Das in der Kammer verbreitete Gerücht, die Wiedereinstellung Du Paty de Clams in die Landwehr sei eine Verfügung des jetzigen Kriegsministers Millerand, bewahrheitet sich. Die radikalen Deputierten sind über die Verfügung sehr entrüstet und werden sie in Form einer Interpellation in der Kammer zur Sprache bringen. Der radikale „Evénement“ sagt über die Angelegenheit: Ministerpräsident Poincaré hat erst gestern nachmittags von der Wiedereinstellung Du Paty de Clams Kenntnis erhalten, und hätte sich derselben gewiß widersetzt, wenn er vorher von dem Vorhaben des Kriegsministers Millerand verständigt worden wäre. Wenn

Millerand die Absicht gehabt hätte, dem Ministerpräsidenten bei den Republikanern zu schaden, so hätte er nicht anders handeln können. Die radikale „Lanterne“ schreibt: Millerand darf nicht einen Augenblick länger an der Spitze der Armee der Republik bleiben. Die republikanischen Offiziere können einen Mann, der die Armee der Generalstabspolitik von 1894 ausliefert, nicht zum Chef haben. Ministerpräsident Poincaré kann einen Minister nicht behalten, der die republikanische Politik der Regierung in so verächtlicher Weise lägen läßt. Wenn die Kammer versammelt wäre, dann wäre Millerand sofort von der republikanischen Mehrheit verurteilt worden. Millerand möge seine Demission geben. Seine Kabinettskollegen haben sich mit ihm nicht solidarisch erklärt. Der nationalisierte „Clair“ beglückwünscht Millerand dazu, daß er als ehemaliger Minister des Kabinetts Waldeck-Rousseau reumütig den Oberleutnant Du Paty de Clam rehabilitiert habe.

#### Millerand flieht.

Paris, 11. Januar. Das in parlamentarischen Kreisen umlaufende Gerücht von der Demission des Kriegsministers Millerand, die durch den Zwischenfall Du Paty de Clam veranlaßt sei, beschäftigt sich nicht. Millerand bleibt Kriegsminister und ist bereit, alle notwendigen Erklärungen im Parlament zu geben.

#### Die Unruhen in Marokko.

Paris, 10. Januar. Da der Kaiser Anfinus und die Mahalla Mulay Reschid, die der Kommandant Messoulier in ihrer Mission gegen den aufrührerischen Raib Gelull unterstehen sollte, Verrat begangen haben, so herrscht in der Gegend von Mogador große Aufregung. General Desperes, der in Mogador die notwendigen Streitkräfte zusammengezogen hat, soll die Gegend bis zum Subgebiet vom Feinde säubern. Seine Operationen werden demnächst ihren Anfang nehmen.

#### Spanien.

##### Maura bleibt.

Madrid, 10. Januar. Auf das Ersuchen der Konservativen hat sich Maura entschlossen, den Verzicht auf sein Deputiertenmandat und auf die Führung der konservativen Partei zurückzuziehen.

#### Dänemark.

##### Gew. diplomatische Aktion der deutschen Regierung.

Kopenhagen, 9. Januar. (Fig. Ver.) Der deutsche Gesandte in Kopenhagen hat heute eine Aktion bei der dänischen Regierung unternommen, um ein der deutschen Regierungsbürokratie und den deutsch-dänischen Beziehungen in Nordschleswig missliebiges Besetz der dänischen Volksschulen auf den Inseln gesetzt zu sehen. Es handelt sich um ein von Prof. W. H. Oestergaard herausgegebenes Buch: „Der Jugend Buch über unser Land“, das vom dänischen Kultusministerium für die Volksschulen empfohlen worden ist. Die deutschen Lehrer gegen die nordschleswigschen Dänen nahmen Anstoß an dem Buch, weil an einer Stelle der Kampf der dänischen Bauern in Nordschleswig um ihre Muttersprache und -kultur verherrlicht wird.

Die Reichsregierung hat sich in diesem Falle wiederum von den launigen Schwärmen beeinflussen lassen, die in ihrem chauvinistischen Kreinismus alle Schandakten gegen die ferngefunnen, ihre Muttersprache und alte Kultur hochhaltende Bauernbevölkerung Nordschleswigs veranlaßt haben; sie hat damit dem deutschen Besetze im Auslande einen schlechten Dienst erwiesen. Die Tatsache, daß das dänische Kultusministerium durch das offizielle Telegrammbureau am 8. d. M. sein Bekannern ausdrücken ließ über einige ihm entgegengehaltene Stellen des Buches, die „Anlaß zu Mißdeutung hinsichtlich der Stellung der dänischen Regierung“ geben können, ist nur ein schwacher Trost in dieser Blamage der deutschen Chauvinisten. Denn nur um eine Blamage handelt es sich. In dem Buch ist nichts enthalten, was für Deutschland schädlich sein könnte, sofern die deutsche Politik in Nordschleswig überhaupt die Wahrheit vertritt.

Das Buch stellt fest, daß die „dänischen Südjüten“, die Nordschleswiger, kämpfen für ihre Sprache, den Lebensnerv eines Volkes, der sein allerwertestes Eigentum ist. Und sie kämpfen für das Recht, freie Männer und Frauen zu sein, die über ihr Eigenes bestimmen und die wagen dürfen, ihre Nationalität zu bekennen.“

Es wird fobann eine Reihe von Kämpfern der dänischen Bauern Nordschleswigs aufgezählt. Die den deutschen Prozentpatrioten und der Reichsregierung missliebige Stelle, die darauf folgt, lautet:

„... Und da ist eine dicke Schar südjütischer Jugend, die nach ihnen den Kampf aufgenommen hat. Sie strebt auf teils neuen Wegen vorwärts, und vieles von dem, das sein Gepräge auf den Sinn der jungen Südjüten ausübt, und das ihren Willen stärkt, haben sie von der dänischen Volkshochschule mitgebracht.“

Es handelt sich nicht darum, ob Dänemark einmal einige Quadratmeilen Land zurückbekommt. Wäre es fremde Erde, dann bedeuete es nicht viel. Aber es sind unsere Landsleute, die von fremdem Joche befreit werden; die täglich Arbeit und Verfolgung erleiden; die nicht ihre eigene Sprache sprechen und nicht ihre eigenen Lieder singen dürfen. Deshalb blut man trotz allen bösen Warnungen unabhängig von Stalingbarden und Dphöbberg dem Tage entgegen, an dem bei dem mächtigen Nachbarn im Süden Rechtsbewußtsein und freier Sinn stark genug entwickelt sein wird, Recht und Gerechtigkeit gegen die dänischen Südjüten zu üben.“

Also, nicht eine Loslösung Nordschleswigs von Deutschland wird gefordert, sondern Rechtsbewußtsein und freier Sinn, die es Deutschland ermöglichen sollen, die Dänen in Nordschleswig gerecht zu behandeln. Diese billige Forderung hat die deutsche Regierung veranlaßt, ihren Gesandten in Kopenhagen zu bemühen. Es ist gewiß ein Staatsverbrechen, von der deutschen Bu reaukratie Rechtsbewußtsein zu fordern; huldigt sie doch der Auffassung, daß Recht vor Recht geht. Und noch mehr müßte ihre die Forderung einer freien Meinung auf die Herzen fallen. In Preußen-Deutschland gilt halt der Bureaucratie die Anechtelichkeit als härteste Tugend. Wenn aber die deutsche Regierung auch gegenüber dem Auslande in so unehrlicher Form die kleinliche Gewinnung einer engherzigen Bureaucratie an den Tag legt, überliefert sie sich dem Gelächter der freier denkenden Nachbarn. Und scheint man sollte auch für den Gesandten in Kopenhagen eine bessere Beschäftigung haben, als die Zensur dänischer Schulbücher.

#### Rußland.

##### Gegen China.

Peking, 11. Januar. Die russische Regierung hat China mitgeteilt, sie habe keine Notwendigkeit, die aus dem Boykott auf Rußland zu leistenden Entschädigungen noch länger zu stunden, da China, trotz seiner Versicherung, über keine Mittel zu verfügen, gegenwärtig bekanntlich große Summen für den Ankauf von Waffen und für die Ausrüstung und Bewegung von Truppen verbringe.

# Gewerkschaftliches.

## Der Deutsche Technikerverband und das Koalitionsrecht.

Der Deutsche Technikerverband entwickelte sich scheinbar von einem reinen Harmonieverband unter dem Druck der Verhältnisse immer mehr zu einer wirklichen Interessenvertretung der dort organisierten Techniker. Der letzte Verbandstag in Köln dokumentierte diese Entwicklung zur Gewerkschaft auch äußerlich dadurch, daß die Satzungen entsprechend geändert wurden.

Der Deutsche Technikerverband ist also — rein äußerlich beurteilt — eine gewerkschaftliche Organisation.

Eine echte Gewerkschaft erkennt man daran, daß sie angebotene Kämpfe aufnimmt und bis zur letzten Konsequenz durchkämpft.

### Zur das die neue Technikergewerkschaft?

Bekanntlich hatte der Eisenbahnminister gegen den Bund der technisch-industriellen Beamten und den Deutschen Technikerverband mobil gemacht, da er nicht gestatten wollte, daß Techniker, auch solche, die nur auf Grund eines Privatdienstvertrages angestellt seien, das Staatsgebäude durch gemeinsame Kündigung oder sogar durch gemeinsame Arbeitsniederlegung erschüttern. Der Eisenbahnminister wollte also nicht mehr und nicht weniger, als allen seinen Angestellten den Teil des Koalitionsrechtes rauben, ohne den das ganze Koalitionsrecht nur noch ein ungefährliches Spielzeug vorstellt.

Dieser Verfügung mußte der Kampf bis aufs Messer folgen, und es war interessant, wie sich die in Frage kommenden Organisationen verhalten würden! Der Bund der technisch-industriellen Beamten nahm den Kampf auf und der Technikerverband, in dem über 10.000 Privatangestellte der Behörde organisiert sind, wendete sich, wie wir schon mitteilten, an den Eisenbahnminister mit der Erklärung, daß durch eine Satzungsergänzung nurmehr für die Angestellten der Eisenbahn und der sonstigen Behörden — auch für solche, die auf Privatdienstvertrag angestellt sind — nicht mehr das gemeinsame Koalitionsrecht, sondern nurmehr das gemeinsame Arbeitsniederlegungsrecht in Frage kommt.

Selbstverständlich hat nun der Herr Minister nichts mehr gegen diese Organisation einzuwenden und er „erlaubt“ seinen Beamten und Angestellten das Verbleiben in dieser „gewerkschaftlichen“ Organisation. — Ob auch die Achtung vor der kämpftüchtigen Organisation gestiegen ist, hat er leider nicht mitgeteilt.

In der ersten Nummer der „Deutschen Technikerzeitung“ dieses Jahres wird nun das Ergebnis des „Kampfes“ mitgeteilt und im Anschluß daran versucht, den Verbandsgliedern den Verzicht auf den wichtigsten Teil des Koalitionsrechtes für fast 50 Prozent des D. L. B. schmachtlich zu machen. Dabei wird festgestellt, daß es wohl gegen die guten Sitten verstoße, durch Vertrag die Vereinigungsfreiheit zu beschränken, es jedoch nicht gegen die guten Sitten verstoße, wenn nur eine teilweise Beschränkung des Vereinsrechtes vertraglich festgelegt sei. Als Beweis dafür wird geschrieben, daß „eine solche Beschränkung denkbar ist und es wird z. B. niemandem einfallen, den Kussfuß der Streiks durch einen Tarifvertrag als gegen die guten Sitten verstoßend hinzustellen.“ Zunächst einmal, liegen die Verhältnisse bei den Eisenbahnangestellten vollkommen anders. Hier wurden die Arbeitsverhältnisse nicht durch einen für beide Teile gültigen Vertrag geregelt, sondern, es wurde den Angestellten einfach verboten, von ihrem garantierten Staatsbürgerrecht Gebrauch zu machen, ohne ihnen nur das geringste Äquivalent zu geben. Der Vergleich mit einem Tarifvertrag ist also ganz unzutreffend. Weiter schreibt die „Deutsche Technikerzeitung“:

„Wird man dem privaten Arbeitgeber gegenüber betonen müssen, daß eine solche Beschränkung des Rechts zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, gemeinsam zu kündigen, gegen die guten Sitten verstößt, so wird man andererseits dem Staat, der eine ganz andere Stellung als der private Arbeitgeber hat, zurechnen müssen, daß er diejenigen Einschränkungen des Vereinigungsrechtes vornehmen kann, die unbedingt notwendig sind, damit er die der Allgemeinheit gegenüber übernommenen Verpflichtungen erfüllen kann, damit er die seiner Leitung anvertrauten Anstalten wie Post und Eisenbahn so verwalten kann, daß keine Schädigung des Wirtschaftslebens eintritt, damit er dafür bürgen kann, daß die zur Landesverteidigung benötigten Einrichtungen jederzeit funktionieren. Aber nur soweit, als diese Einschränkung unbedingt erforderlich ist, wird man sie als nicht gegen die guten Sitten verstößend ansehen können. Es ist nur der Ausschluß des Rechts der gemeinsamen Kündigung so zu rechtfertigen, nicht aber weitere Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes.“

Danach ist also der Staat berechtigt, allen in Staatsbediensteten angestellten Beamten — gleichgültig ob fest oder auf Privatdienstvertrag — das Koalitionsrecht illusorisch zu machen, und mit dieser Auffassung rechtfertigt der D. L. B. den Verzicht auf den integrierenden Bestandteil des Koalitionsrechtes und glaubt gewerkschaftlich richtig gehandelt zu haben.

Seit dem Köln'r Verbandstage, der die Entwicklung zur Gewerkschaft äußerlich bestätigte, sind noch nicht allzuviel Monate vergangen, und die Daten der neuen gewerkschaftlichen Organisation besteuern darin, daß sie den großen Kampf um die Angestelltenversicherung gemeinschaftlich Schulter an Schulter mit den reaktionären Harmonieverbänden gegen die modernen gewerkschaftlichen Organisationen gekämpft hat und nun hat sie sogar für einen großen Teil ihrer Mitglieder auf das wichtigste Lebenselement einer gewerkschaftlichen Organisation verzichtet.

Eine sehr eigenartige „gewerkschaftliche“ Entwicklung!

### Berlin und Umgegend.

#### Die Arbeitsverhältnisse im Hansabunde.

Der Zentrallverband der Handlungsgehilfen hatte dieser Tage die Angestellten des Hansabundes zu einer Betriebsbesprechung eingeladen, um sich mit ihnen über die „Arbeitsverhältnisse im Betriebe des Hansabundes“ zu unterhalten.

Der Hansabund ist seinerzeit unter großem Lärm gegründet worden, um angeblich die Interessen sowohl der Arbeitgeber, wie auch der Arbeitnehmer zu vertreten. Wie er in Wirklichkeit die Interessen der Arbeitnehmer vertritt, geht zu Genüge aus seiner Stellungnahme in der Konkurrenzklausefrage hervor. Nun sollte man aber meinen, daß im Betriebe des Hansabundes selbst wohlwollende Zustände herrschen. In der Praxis sieht es aber ganz anders aus. Die Gehälter kann man höchstens mit „sehr mäßig“ bezeichnen. Außer den Herren der Geschäftsleitung betragen sie selten über 100 bis 150 M. monatlich. Wie es aber mit der Personalbehandlung aussieht, zeigt zur Genüge der Fall Wacarius. Man hat diesen Herrn — der Mitglied des Zen-

tralverbandes der Handlungsgehilfen ist — freilich entlassen, weil er Unterschritten für eine Petition um Feuerzuzulage im Betriebe gesammelt hat. Auf eine Beschwerde seinerseits an das Präsidium des Hansabundes hat Herr Nieher verfügt, daß ihm, aber nur aus menschlicher Erwägung heraus, das Gehalt bis zum Ablauf des Kündigungstermins bewilligt und auch noch die ihm rechtmäßig zuzehörende Weihnachtsgroßzahlung gezahlt würde. Der Hansabund hat natürlich absolut kein Recht, einen Angestellten freilich zu entlassen, nur weil er für eine Feuerzuzulage — die übrigens dem Personal im Jahre vorher bewilligt worden war — Unterschritten sammelt. Der Referent der Betriebsversammlung, Hirschfeld, gab den Angestellten des Hansabundes den Rat, sich zu organisieren, und zwar im Zentralverband der Handlungsgehilfen, denn nicht ein Harmonieverband, sondern die gewerkschaftliche Organisation ist in der Lage, die Interessen der Angestellten zu vertreten. Nach dem Vortrage versuchten Herr Dr. Ehrlich, Redakteur des Hansabundes, und Herr Wolff, Agitator des Hansabundes, das Verbot des Herrn Dr. Kleefeld mit dessen Temperament zu entschuldigen. Sie bedauerten den Fall Wacarius, was sie jedoch nicht abhielt, eine Vertrauensresolution für Herrn Dr. Kleefeld vorzuschlagen. Herr Wolff meinte, daß der Zentralverband an die Leitung des Hansabundes herantreten solle, die gewiß zu einer Verhandlung bereit sei. Als jedoch der Vertrauensleiter erklärte, daß dieser Weg im Einverständnis mit den Angestellten gegangen werden solle, machten die genannten Herren Ausflüchte und meinten, daß nach den im Referat angeführten gegen die Leitung des Hansabundes gerichteten persönlichen Angriffen davon nun nicht mehr die Rede sein könne! Offenbar belamen die Herren Angst vor ihrer eigenen Courage. Die Zumutung, in Gegenwart so eifriger Verteidiger der Leitung des Hansabundes eine Abstimmung über eine Vertrauensresolution für den Zentralverband vorzunehmen, wurde abgelehnt, sei es auch nur unabsichtlich, der Leitung die Abstimmung des einzelnen Angestellten bekannt zu geben. Die Angestellten sehen aus diesen vorbildlichen Arbeitsverhältnissen im Betriebe des Hansabundes, was sie von diesem zu erwarten haben. Mögen sie, dem Rufe des Referenten folgend, sich im Zentralverband der Handlungsgehilfen organisieren, um ihre Rechte besser als bisher zu wahren.

**Achtung, Töpfer!** Infolge des Fliesenlegereiztes versuchen einige Fliesenlegereisen und Bauunternehmer, Arbeiten, die sie bisher immer Fliesenlegern resp. Fliesenlegereisen zwecks Ausführung übergeben haben, Töpfermeister bzw. Töpfern zu übertragen. Wir warnen daher unsere Kollegen nochmals, irgend welche Fliesenarbeiten auszuführen, da diese als Streitarbeiten angesehen werden müssen. Wo es strittig sein kann, ob die Arbeiten als direkte Fliesenleger resp. Streitarbeiten angesehen sind, ist es notwendig, daß diese nicht in Angriff genommen werden, ehe die in Frage kommenden Instanzen darüber entschieden haben.

**Achtung! Tabakarbeiter!** Geheert ist die Zigarrenfabrik von Bornsessel, N.W., Waldstr. 39. Der Fabrikant stellte an seine Arbeiterinnen die Zumutung, unter dem festgesetzten Tariflohn zu arbeiten. Als Arbeitswillige fungiert bei Bornsessel eine Kollarin namens Strassowski aus Königsberg nebst einer Widelmaderin.

**Arbeiter, Raucher!** Kauft nur dort Euren Zigarrenbedarf ein, wo das grüne Blatt, unterschrieben Alwin Schulze, vorhanden ist.

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

### Deutsches Reich.

#### Nach der Bergarbeiterbewegung im Saarrevier

„Der Bergarbeiter“, Organ des christlichen Gewerkschafts der Bergarbeiter, schreibt in seiner letzten Nummer in einem Artikel, überschrieben: „Der wirtschaftliche Friede im Saarrevier“:

„Wünschenswert ist, daß die Bewegung auch an der staatlichen Bergwerksverwaltung nicht spurlos vorübergehe. Sie muß doch zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß in ihren Betrieben nicht alles so war, wie es sein sollte. Das geradezu erschreckende Mißtrauen der Arbeiter gegenüber der staatlichen Bergwerksverwaltung muß ausgeräumt werden, wenn gesunde Zustände eintreten sollen. Die Begleiterscheinungen der Bewegung haben auch gezeigt, daß an der Arbeiterschaft an der Saar noch viel Erziehungsarbeit zu leisten ist, die von der Gewerkschaftsbewegung allein nicht geleistet werden kann. Und diese Arbeit muß bald energisch aufgenommen werden. Die Sozialdemokratie steht auf dem Sprunge, einen Beutezug im Saarrevier zu versuchen.“

Das sagt der christliche Gewerkschaftsverein, der vorher in seinen Flugblättern zugebende Male schrieb, daß man kein Vertrauen zu der Bergwerksverwaltung haben könne. Vorderrand hat der Gewerkschaftsverein gerade alle Hände voll zu tun, das Mißtrauen seiner Mitglieder gegen die „Großklappen“ zu beseitigen. Jetzt geht nur noch der Ruf: Bergverwaltung hilf, die Sozialdemokratie kommt!

Nicht umsonst ist diese Aufforderung an die Bergwerksverwaltung gerichtet, das Mißtrauen unter den Arbeitern zu beseitigen. Sie geht daran, dies zu tun, doch nicht dadurch, daß sie Hand in Hand mit den Christlichen zu arbeiten denkt, sondern indem sie von diesen gelernt hat, wie man Arbeiter zerstückelt. Von allen Gruben im Saarrevier wird gemeldet, daß Beamte daran sind, gelbe Betriebe zu gründen. Listen liegen auf, worin die Betriebsratsmitglieder zum Eintritt aufgefordert werden. Doch die Saarbergarbeiter, deren Vertrauen zum christlichen Gewerkschaftsverein dahingegangen ist, werden sich nicht von neuem einschenken lassen. So wird der gelbe Zuzug nicht von gutem Jang begleitet sein.

Die hiesigen Arbeiter in Rürnberg forderten im September 1912 Ummwandlung der bestehenden Feuerzuzulage in eine Lohnzulage von täglich 30 Pf. und 250 M. Lohn für Laternenanzünder, die durchschnittlich jeden Tag resp. jede Nacht 10 Stunden Dienst haben, einjährige Lohnvorstellungen von 10 Pf. resp. 5 Pf. täglich, Bezahlung der Ueberstunden, ständige Arbeitszeit und für durchgehende Schichten 8 Stunden. Diese bescheidenen Forderungen lehnte die bürgerliche Rathausmehrheit mit der Begründung ab, daß kein Geld vorhanden sei. Es wurde ausgerechnet, daß hierzu über 600.000 M. jährlich nötig seien. In Wirklichkeit ist die benötigte Summe nur halb so hoch. Dabei machten die hiesigen Betriebe im letzten Jahre einen Kernüberschuss von 284.008 M. Die Arbeiter delegierten ihre Ausschussmitglieder zum Oberbürgermeister, um diesem die Forderungen nochmals zu unterbreiten. Der Oberbürgermeister verwies die Arbeiter auf die große Zahl der hiesigen Betrieben Arbeitslosen und auf die rapide Vermehrung der letzten Jahre. Diese „rapide Lohnsteigerung“ behandelte darin, daß die geradezu schandvoll schlechten und niedrigen Löhne auf das feste Drängen der Arbeiter und der sozialdemokratischen Arbeitervertreter notwendig aufgebessert wurden. Vor einigen Jahren gab es noch Arbeitslöhne von 250 M. Zu der Behandlung der Lohnforderungen durch den Oberbürgermeister nahm eine Massensammlung Stellung und beschloß, die Forderungen sofort aufs neue an die hiesigen Magistrat zu richten und für die Antwort den Termin auf die in 14 Tagen stattfindenden Staatsberatungen festzusetzen. Was im Falle einer neuerlichen Ablehnung der Forderungen erfolgt, haben nicht die Arbeiter und ihre Organisation, der Gemeindevorstand, zu beantworten, sondern die liberale Rathausmehrheit. Die Arbeiter, die jetzt eine starke Organisation besitzen, wollen sich unter keinen Umständen von den liberalen Stadtvätern so wie früher abweisen lassen.

# Soziales.

## Zum Wohnungselend der Gärtnergehilfen.

Am 3. Januar hatten wir auf Grund einer Schilderung in der „Allgemeinen Deutschen Gärtnerzeitung“ einen Artikel über die Gehilfenwohnungen in der Gärtnerei von Joseph Rohaut gebracht. Der Amtsvorsteher von Nikolassee teilt uns in voller Anerkennung des Vorgehens des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins mit, daß die Gärtnerei Rohaut nicht im Amts- und Gemeindebezirk Nikolassee, sondern im Amts- und Gemeindebezirk Zehlendorf liegt. Der Herr Amtsvorsteher in Zehlendorf sei von ihm auf die Zustände in dieser Gärtnerei bereits früher aufmerksam gemacht worden.

Unser Appell an den Herrn Amtsvorsteher von Nikolassee war also an die falsche Adresse gerichtet. Weshalb sind der Amtsvorsteher von Zehlendorf und der Landrat nicht gegen die von uns geschilderten Mißstände eingeschritten?

### Offizielle Anerkennung für eine Crisistrankenkasse.

Die Stadtverordnetenversammlung in Königsberg i. Pr. beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit einem Antrage des Magistrats, von der Errichtung einer Landtrankenkasse für den Stadtkreis Königsberg Abstand zu nehmen. In der Vorlage erklärte der Magistrat, daß die Geschäftsführung der Gemeinsamen Crisistrankenkasse, welche die landlosenpflichtigen Personen aufnehmen solle, vollkommen einwandfrei sei. In der Diskussion wurde von einer Seite doch die Errichtung einer Landtrankenkasse verlangt. Darauf erklärte der Oberbürgermeister Korte, ein entzogener Feind der Sozialdemokratie: „Es muß anerkannt werden, daß die Gemeinsame Crisistrankenkasse, was Güte der Verwaltung und Höhe der Leistungen anbetrifft, durchaus mufertgültig daheist.“

Dies unumwundene Lob ist gegenüber der fortgeschrittenen Heße gegen die Krankenkassen um so bemerkenswerter, als die Gemeinsame Crisistrankenkasse in Königsberg seit ihrer Gründung unter Leitung eines Vorstandes steht, dessen Mehrheit und dessen Vorsitzender Mitglieder der freien Gewerkschaften sind.

### Den weiteren Ausbau des Säuglingshauses

Durch Schwangerenfürsorge haben im Nürnberger Gemeindebezirk die Sozialdemokraten durch einen Antrag verlangt, der einem Ausschuss zur Vorberatung überwiesen wurde. Es wurde auf die vorhergehenden Wirkungen hingewiesen, die durch die Berufstätigkeit schwangerer Frauen bis zur Niederkunft sowohl für die Schwangeren selbst, als auch für die Frucht herabgerufen werden, und angeregt, bedürftigen Schwangeren sechs Wochen lang vor der Niederkunft eine Unterstützung zu gewähren, die sie in den Stand setzt, die gewerbliche Tätigkeit einzustellen. Die Gründe des sozialdemokratischen Antrags müßten vollumfänglich anerkannt werden; zuerst wollte man eine Unterstützungsliste mit freiwilliger Mitgliedschaft errichten, nachdem aber von unserer Seite dagegen eingewendet wurde, daß gerade diejenigen, die der Unterstützung am meisten bedürftig sind, dieser Kasse wegen Mangel an Mitteln nicht beitreten würden, wurde davon abgesehen und beschloffen, eine Summe in den Etat einzulassen, aus der bedürftige schwangere Frauen und Mädchen Unterstühtungen von täglich 60 Pf. bis 150 M. erhalten sollen. Die Gewährung der Unterstützung wird von dem Nachweis abhängig gemacht, daß die Empfängerin die Arbeit niedergelegt hat. Die in Nürnberg nicht heimkehrenden erhalten die Unterstützung erst nach einjährigem Aufenthalt in der Stadt. Weiter soll die Zentrale für Säuglingsfürsorge in Bayern errichtet werden, dahin zu wirken, daß in die Voranschläge der Reichsgemeinden ebenfalls Beträge für die Schwangerenfürsorge eingestellt werden; endlich wird an die bayerische Gesellschaft für Geburtskunde und Gynäkologie das Ersuchen gestellt, im Vemehmen mit Wöchnerinnenheimen, Frauenkliniken u. dergl. zu untersuchen, welchen Einfluß die gewerbliche Tätigkeit der Schwangeren auf die Zahl der Totgeburten ausübt.

# Letzte Nachrichten.

## Der bulgarisch-rumänische Konflikt.

Bukarest, 11. Jan. Der bulgarische Finanzminister Theodorow hatte dem russischen Minister Sazonow einen längeren Besuch ab. Die Unterhaltung beider Minister drehte sich insbesondere um die bulgarisch-rumänischen Beziehungen und um die von der Türkei geforderte Kriegsschadung. Hier will man wissen, daß Sazonow dem bulgarischen Minister geraten habe, den rumänischen Forderungen gegenüber Entgegenkommen zu zeigen, doch soll Theodorow sich energisch gewigert haben, seiner Regierung die Befolgung dieses Ratsschlages nahezu legen.

## Aggressives Vorgehen Rumaniens.

Frankfurt a. M., 11. Januar. (B. G.) Einer Meldung der „Frankf. Zig.“ aus Konstantinopel zufolge wird der rumänische Einschluß zur Sicherung der Grenzen heute oder morgen in Bulgarien einmarschieren, durch gestern spät abends hier eingelassene diplomatische Depeschen bestätigt. Der Beschluß erregte großes Aufsehen. Wenn auch erwartet wurde, daß angesichts der Ereignisse auf dem Balkan Rumänien nicht in Unfähigkeit verharren werde, so glaubte man doch, daß Rumänien durch diplomatische Verhandlungen eine Entschädigung zu erreichen suchen werde.

## Versuchter eiliger Anlauf eines Kriegsschiffes.

Santiago de Chile, 11. Januar. (B. T. V.) Die Admiralität hat das Anerbieten einer europäischen Macht abgelehnt, den chilenischen Dreadnought „Latorre“, der gegenwärtig in England gebaut wird, anzulassen.

## Schwerer Automobilunfall.

Potsdam, 11. Januar. (B. T. V.) In Drewitz bei Potsdam ereignete sich heute nachmittags an der Ecke der Neuenfelder und Sternstraße ein schwerer Automobilunfall. Ein vom Jagdschloß Stern kommendes Potsdamer Automobil wollte gerade in die Neuenfelder Straße einbiegen, als die Steuerung versagte und das Automobil gegen einen Baum geschleudert wurde. Hierbei stürzte der Wagen um und wurde zertrümmert. Dem Chauffeur wurde der Brustkorb eingedrückt, während der Schlächtermeister Müller aus Koyath eine große Kopfwunde davontrug. Der andere Fahrgast, Schlächtermeister Herrmann aus Potsdam, kam mit dem bloßen Schrecken davon. Dr. Grohne aus Nowawes und hiesige Krankenpfleger waren sofort zur Stelle und leisteten die erste Hilfe.

## Bergwerkstatastrophe.

Zelaterinow, 11. Januar. (B. G.) Auf den Gruben von Gorki Jwanowski wurden bei der Einfahrt durch Abzug eines Förderkörpers 7 Personen getötet und 5 schwer verwundet.

## Schneestürme in England.

London, 11. Januar. (B. T. V.) Durch starken Sturm und Schnee wird der Schiffs- und Güterverkehr, besonders im Norden Englands, fast behindert. Auch in zahlreichen Orten des Inselandes ist viel Schaden angerichtet worden. Eine Anzahl von Hochlandspizzen ist außerstande, mit ihrer Ladung Schiebs zu verfahren.

Reichstag.

88. Sitzung. Sonnabend, den 11. Januar 1913, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Lisca.

Die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Konkurrenzklause

wird fortgesetzt.

Abg. Siebel (Soz.):

Für die Regierung ist bei dieser wichtigen Arbeitnehmerfrage lediglich das Arbeitgeberinteresse ausschlaggebend gewesen. Es gehört wirklich Mut dazu, sich mit einer so kläglichen Vorlage vor die Angestellten und vor die Öffentlichkeit zu wagen. Die Konkurrenzklause wird auch in dieser Vorlage weiter begehrt und gepflegt und enthält genau dieselben Ungerechtigkeiten, die von der Regierung in der Begründung an dem bestehenden Zustand gerügt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man will den Belz wafchen, ohne ihn naß zu machen. Die schlimmen Folgen der Konkurrenzklause sind in den letzten Jahren ungeheuer gestiegen. Man konnte ein

ständiges Ansteigen der Konventionalstrafen

beobachten. Ganze Branchen, die nur sehr wenig Verbandsbesitz hatten, wurden für die Angestellten durch die Klause geperert und ihr Geltungsbereich auch räumlich sehr erweitert. Dadurch befanden sich die Angestellten in vollständiger Abhängigkeit und Dummheit gegenüber dem Prinzipal. Ja, man schaute sich nicht, selbst ihr Ehrenwort für diese Zwecke zu verwenden. Neuerdings sind allerdings durch die Rechtprechung solche Konkurrenzklause für nichtig erklärt. Auch hierin bedeutet also die Vorlage keinen Fortschritt gegenüber dem Zustand, der bereits durch die Rechtprechung geschaffen ist. In einem Falle begnügte man sich nicht damit, den Angestellten eine Konventionalstrafe von 20 000 Mark aufzuerlegen, sondern erzwang von ihm noch die Weibringung der selbstschuldnerischen Bürgschaft seiner Mutter. (Hört! hört!) Wenn derartige Mißstände die Empörung in den Reihen der Angestellten listerlos haben aufklammern lassen, mußte man mit ganz anderen Maßnahmen dagegen vorgehen, als sie der schwächliche Versuch des vorliegenden Gesetzes vorzieht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man läßt die Konkurrenzklause nach wie vor zu, um angeblich die Betriebsgeheimnisse und ähnliches zu schützen, von denen der Angestellte während seiner Tätigkeit Kenntnis erhalten könnte. Wer aber den modernen Verkehr mit seiner ausgiebigen Verzweigung, seiner ausgiebigen Bekanntschaft, weiß, daß niemand mehr nötig hat, sich besondere Geschäftskenntnisse durch einen Angestellten zu verschaffen, sondern daß Bezugsquellen, Auskunftsstellen und dergleichen vollständig ausreichen, um die notwendigen Kenntnisse zur Aufmachung eines Konkurrenzunternehmens zu erlangen. Auch fällt es dem Prinzipal ja gar nicht ein, die Einrichtungen und Maßnahmen, die der Angestellte selbstständig getroffen hat, von dem Augenblick ab nicht mehr zu verwenden, wo er den Betrieb verläßt. Wir können daher kein Bedürfnis für die Weibringung der Konkurrenzklause anerkennen. In der Hauptsache wird sie angewandt, um den Konkurrenzkampf der Unternehmer auf dem Rücken der Angestellten auszukämpfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Besonders seitens der Spezialgeschäfte will man den Angestellten die Möglichkeit, sich selbständig zu machen, nehmen. Vielfach wird den Angestellten einfach die Verpflichtung auferlegt, bei einer bestimmten Firma nicht in Stellung zu treten. So zwangen, als in Hamburg ein Warenhaus der Firma Tieg errichtet werden sollte, die dortigen Geschäftsleute ihre Angestellten durch die Konkurrenzklause, bei Tieg nicht einzutreten. Wo ist da mit einem Male das angeblich zu schützende Betriebsgeheimnis hergekommen? Auch die Warenhäuser untereinander benutzen in unerhörter Weise die Konkurrenzklause, indem sie ihren Angestellten verbieten, bei einem anderen Warenhaus eine Stellung anzunehmen. Sonst klagt man über angeblich nicht genügende Branchenkenntnisse der Angestellten und hier sperrt man selbst die Verwendungsmöglichkeit von Arbeitskräften, die in der Tat über genügende Branchenkenntnisse verfügen könnten. Die Klause ist ein bequemes und kostenfreies Mittel für den Prinzipal, sich die Angestellten gefügig zu machen. Ein Unternehmer erklärte ganz offen: Ach, ich will ja den Angestellten gar nicht an den Betrieb fesseln, ich will mir nur Ruhe verschaffen vor den fortwährenden Wünschen nach Gehaltszulage. (Hört! hört!) Häufig wird die Klause den Angestellten erst aufgezungen nach Eintritt in das Geschäft, wenn sie eine begriffliche Scheu haben, gleich wieder auf Stellungssuche zu gehen. Wir werden in der Kommission alles tun, um ein

stattes Verbot der Konkurrenzklause

zu erreichen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung macht sich die Polemik gegen diese vollständig einmütige Forderung der Angestellten fürchtbar leicht. Ohne Schatten eines Beweises behauptet man, das Verbot sei nicht durchführbar. Nach Meinung der Regierung empfehle es sich sogar nicht, die Gültigkeit der Klause von einer bestimmten Höhe des Gehalts abhängig zu machen, denn jede Zahl, die man nennen könne, sei willkürlich. In Desterreich ist es aber doch möglich gewesen, für die Gehälter bis 4000 Kronen die Konkurrenzklause zu verbieten. Davon ist in der Begründung des Entwurfs mit keinem Wort die Rede. Das österreichische Gesetz dürfte dem Reichsjustizamt nicht unbenannt sein. Wir werden jedenfalls verlangen, daß über die Wirkung des österreichischen Gesetzes eingehendes Material von der Regierung vorgelegt wird. Durch die Vorlage wird an den Zuständen von heute kein iota geändert. Ja, durch verschiedene Bestimmungen des Entwurfs wird ein erhöhter Mißbrauch der Konkurrenzklause, soweit er möglich ist, geradezu an den Quoren herbeigezogen. Der minimale Entschädigungssatz reicht wirklich nicht aus, um rücksichtslose Arbeitgeber zu hindern, die Konkurrenzklause anzuwenden. Dazu kommt, daß ein höheres Gehalt, das der Angestellte erreicht, auf die Entschädigung angerechnet werden soll. Durch diese Bestimmung wird den Angestellten eine Steigerung ihres Einkommens unmöglich gemacht. Ich verstehe nicht, wie eine Regierung, die doch die Angestellten durch

soziale Wasserpuppen

in den Reihen der bürgerlichen Parteien zu erhalten sucht, eine derartige politische Unmoral zulassen kann. Diese Bestimmung hilft gegen die Konkurrenzklause etwa so, wie ein Strohhalm gegen das Ertrinken. Nebenbei bemerkt bedeutet die vorgeschlagene Entschädigung gar keine Schadloshaltung. Wenn ein Prinzipal ein derartig wichtiges Interesse hat, über die Dauer des Vertrages hinaus den Angestellten in seiner wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit zu hindern, so muß er auch den Angestellten mit dem vollen Betrage des Gehalts entschädigen. (Sehr richtig!) § 75b bringt außerdem noch Ausnahmen, die wiederum bestätigen, daß mit diesem Entwurf weder dem Mißbrauch gesteuert wird, noch eine Einschränkung der Zahl der Konkurrenzklause herbeigeführt werden kann. Die Entschädigung fällt nämlich weg, wenn die Beschränkung nur für die Dauer eines Jahres nach der Beendigung des Dienstverhältnisses oder nur für den Umkreis von 2 Kilometern vereinbart ist. In der ursprünglichen Vorlage war 1 Kilometer gesagt, in den Verhandlungen zwischen der Regierung und den Unternehmerinteressen sind zwei daraus geworden, auch ein Beweis für die soziale Einsicht der Regierung. Die Beschränkung auf ein Jahr und die Festsetzung eines Umkreises von 2 Kilometern reicht vollständig aus,

namentlich im Detailhandel sämtliche Mißbräuche bestehen zu lassen. In den Kleinstädten umfaßt der Radius von 2 Kilometern sämtliche Geschäfte derselben Art; aber auch in Berlin ziehen sich bestimmte Wirtschaftskreise immer mehr in einem bestimmten Gebiete zusammen, ich erinnere nur an das Konfektionsviertel um den Hausvogtelplatz. So wird durch diese Bestimmung von den Angestellten also direkt ein Ortswechsel verlangt. Wie schwer der besonders für den verheirateten Angestellten ist, sollte die Regierung sich doch klar machen, wenn sie bedenkt, daß der Privatangestellte keine Umzugskosten erhält.

Auch sonst enthält der Entwurf noch ungeheure Verschlechterungen. Ich will nur auf eine hinweisen, die auch eine ganze ungeheure Empörung in den Kreisen der Angestellten ausgelöst hat. Es ist das die Bestimmung, daß man dem Prinzipal eine Wahl lassen will zwischen der Vertragsstrafe oder der Erfüllung des Vertrages. Es ist doch ganz klar, daß ein Angestellter nicht eine Vertragsstrafe von vielen Tausenden zahlen kann, und so hat es der Unternehmer mit der Forderung der Erfüllung in der Gewalt, den Angestellten hinter schwedische Gardinen zu bringen, oder mit der Drohung der schwedischen Gardinen die Erfüllung des Vertrages zu erzwingen. Das ist eine mittelalterliche Barbarei,

und ich verstehe es gar nicht, wie die Regierung es wagen kann, eine solche Gesetzesvorlage an den deutschen Reichstag zu bringen.

Präsident Kaempf: Sie dürfen der Regierung nicht Barbarei vortwerfen, ich rufe Sie zur Ordnung. (Ruf: bei den Sozialdemokraten: Der Entwurf ist aber barbarisch.)

Abg. Siebel:

Jedenfalls bedeutet die Bestimmung: entweder zahlen oder in Haft genommen werden. Etwas derartiges war bisher nach dem Handelsgesetzbuch nicht möglich, und das darf auch in Zukunft nicht möglich sein. Ein solches Wahlrecht für den Prinzipal darf der Reichstag nicht schaffen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir sehen, wie wenig soziale Einsicht für die Kollage der Angestellten bei der Aufstellung des Entwurfs die Regierung besudelt hat, und sogar gegen diese schwächlichen Versuche der Regierung ist das Unternehmertum Sturm gelaufen. Will die Regierung die Mißbräuche bei der Konkurrenzklause wirklich inhibieren, so bleibt nur das glatte Verbot der Klause übrig. Gründe dagegen sind nicht vorhanden. Das Verbot ist aber nicht nur für die Handlungsangestellten notwendig, sondern auch für die technischen Angestellten und alle Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gegen die technischen Angestellten wird die Konkurrenzklause in noch größerem Maße angewendet, als gegen die Handlungsgehilfen. Man spricht jetzt soviel von einem einheitlichen Angestelltenrecht. Der Reichstag hat alle Verantwortung, bei dieser Materie damit zu beginnen, und die Kommission wird gut tun, ein ganz allgemeines Verbot der Konkurrenzklause herbeizuführen. Wie sehr die Klause auch gegen Arbeiter angewendet wird, haben bei früheren Gelegenheiten meine Freunde Heine und Stadthagen ausgeführt.

Der Entwurf bringt also keinen Fortschritt, er schlägt falsche Wege ein und ist deshalb ungeeignet, Mißbräuche zu beseitigen. Das ganze Gesetz gehört in das Gebiet der kleinen unwirksamen Gesetze, es ist auch ein Ausfluß der Politik der weichen Salbe (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), welche die Regierung gleich fudertweise hat ansahen lassen, um sie gleicherweise an Angestellte und Arbeiter zu verteilen. Zufriedenheit erreicht die Regierung damit nicht; sie sollte sich nur einmal die Zeitungen der Handlungsgehilfen ansehen. Ich glaube nicht, daß die Herren Regierungsmänner sie sich hinter den Spiegel stecken werden. Sollte ich auch nur auszugeweiht wiedergeben, was dort geschrieben ist, so würde ich wohl noch einmal mit dem Herrn Präsidenten in Konflikt kommen. Angestellte und Unternehmer werden mit zweierlei Maß gemessen. Die Unternehmer sind noch einmal über den Entwurf gehört worden, die Organisationen der Angestellten nicht. Später freilich hat man sie zur Novemberkonferenz zusammenberufen und bemüht, ihnen begrifflich zu machen, daß das völlige Verbot der Konkurrenzklause nicht zu erreichen ist. Die Herren von der Regierung sollten lieber den Unternehmern Vorträge halten, über die Unsitlichkeit und Verwerflichkeit der Konkurrenzklause. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gegen die Nichtanhörung der Angestellten bei der Aufstellung des Entwurfs erhebe ich namens meiner politischen Freunde den allerstärksten Protest, diese Nichtanhörung ist eine

Verständigung gegen die Arbeiterinteressen.

(Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Kommission, deren Einsetzung wir in einer Stärke von 21 Mitgliedern beantragten, wird eine sehr gründliche Arbeit an dieser Vorlage vornehmen müssen. Soll aus ihr überhaupt ein reformerischer Fortschritt herauspringen, so ist eine radikale Kur an Haupt und Gliedern notwendig. Wir werden versuchen, die Vorlage im Interesse der Angestellten so umzugestalten, daß den Wünschen der Angestellten Genüge geschieht. Wir wünschen nur, daß auch die Reichstagsparteien sich daran beteiligen, nur dann wird es möglich sein, ein Gesetz zu schaffen, das wirklich Besserung gegenüber den ungeheuren Schädigungen der Konkurrenzklause herbeiführt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Trimbora (Z.): Zunächst muß ich fragen, warum denn in den vorliegenden Entwurf die Techniker nicht einbezogen sind. Es zeigt dies, daß die Regierung der Forderung eines einheitlichen Angestelltenrechtes noch ablehnend gegenübersteht. Diese Tatsache möchte ich feststellen, ohne selbst zu der Bewegung, die auf ein einheitliches Angestelltenrecht hinzielt, Stellung zu nehmen. Wenn man aber die Konkurrenzklause für die technischen Angestellten in einem besonderen Gesetze regeln will, so hätte man dieses mit dem vorliegenden zugleich einbringen sollen, der Vergleich der Bestimmungen hätte für beide Gruppen von Angestellten, für die kaufmännischen wie für die technischen, wertvoll sein können. Die Frage ist für die technischen Angestellten ebenso reif zur Entscheidung wie für die kaufmännischen. Aber ich glaube nicht, daß die Kommission die Vorlage so wird umgestalten können, daß sie auch für die technischen Angestellten passend sein wird; sie wird aber die Regierung zu einer Vorlage auch für die technischen Angestellten auffordern müssen. — Für die kaufmännischen Angestellten, mit denen ich mich nunmehr allein beschäftigen will, ist tatsächlich ein Notstand vorhanden, der freie wirtschaftliche Wettbewerb wird geradezu aufgehoben. Die Verhältnisse liegen ähnlich bei uns wie in Desterreich, und da ist es bedeutsam, daß man in Desterreich an eine neue gesetzliche Regelung der Konkurrenzklause herangegangen ist. Das Kölner Kaufmannsgericht, das in gleicher Weise aus Prinzipalen wie aus Angestellten zusammengesetzt ist, hat 1908 festgestellt, daß die Konkurrenzklause lediglich den Zweck hat, die Konkurrenz fernzuhalten, nicht etwa die betreffenden Geschäfte vor Verfall von Geheimnissen zu schützen. Es handelt sich in der Tat lediglich um ein Kampfmittel der Prinzipale unter sich, in dem der arme Angestellte den Wudel herhalten muß. Man sollte lieber die Geschäftsleute bestrafen, die sich Geschäftsgeheimnisse verraten lassen. (Sehr richtig!) Unter diesen Umständen muß man sich wirklich fragen: ist denn die Konkurrenzklause noch notwendig? Kann sie nicht beseitigt werden?

Die Vorlage sagt kategorisch nein, aber ihre Gründe sind nicht stichhaltig. Auch gestern hat der Staatssekretär kein Material für die Notwendigkeit dieser Einschränkung des allgemeinen Prinzips der Gewerbebefreiheit beigebracht. Die weite Verbreitung der Klause beweist nichts für ihre Notwendigkeit; alle weit verbreiteten Mißstände sind natürlich „weit verbreitet“. Es muß und also ganz anderes Material beigebracht werden,

um uns von der Notwendigkeit der Konkurrenzklause zu überzeugen. Wir werden in der Kommission ernstlich prüfen, ob nicht für das Gebiet des Handels die Konkurrenzklause völlig beseitigt werden kann. Darin werden wir uns nicht irren lassen dürfen, daß neuerdings einige Gehilfenverbände, die bis dahin für die völlige Beseitigung der Klause eintraten, wie man sagt unter Führung des Hansabundes einem Kompromiß beigetreten sind, der auf die völlige Beseitigung der Klause wenigstens für jetzt verzichtet. (Hört! hört!) Gelting die völlige Beseitigung der Klause nicht, so werden wir zu prüfen haben, inwieweit eine Milderung zugunsten der Angestellten in Frage kommen kann. Die Entschädigung soll im ersten Jahr ein Viertel, im zweiten ein Drittel, im dritten Jahr die volle Höhe des Gehalts betragen. Wäre es nicht richtiger, die Stala umzukehren, da doch gerade im ersten Jahre die Beschränkung zufolge der Klause besonders hart empfunden wird. Bedenklich scheint auch die Aufrechnung des neuen Gehalts auf die Entschädigung. Auch über die Ausnahmen, die bei der Entschädigung zugelassen sind, wird in der Kommission noch zu reden sein. Auch das Wahlrecht des Prinzipals zwischen der Erfüllung oder der Vertragsstrafe ist bedenklich und muß in der Kommission noch gründlich erörtert werden. — Die Lehrsätze sollte man ganz ausschließen, ihnen gegenüber sollte die Klause nicht zulässig sein. — Wir werden in ernsthafte Erwägungen eintreten, ob nicht doch ein Verbot der Konkurrenzklause auszusprechen ist; wenn wir die Vorlage umgestalten, kann sie eine Gestalt annehmen, daß die Kommission doch vielleicht sagt: In die Wölfschucht! (Heiterkeit.) Doch will ich nicht prophezeien. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Thoma (natl.): Wir begrüßen die Vorlage weil sie uns Gelegenheit bietet, ein neues Stück soziale Arbeit zu leisten. Die Frage der Konkurrenzklause hat nicht nur wirtschaftliche, sondern auch ethische Bedeutung. Wir sind bereit den Interessen der hier in Frage kommenden Angestellten soweit wie irgend möglich entgegenzukommen. Besser als dieses Stückwerk für eine einzelne Gruppe der Angestellten wäre allerdings eine einheitliche Regelung des gesamten sozialen Angestelltenrechtes. Es muß im Gesetz klar ausgesprochen werden, was Nichts ist. Ueberflüssiges muß wegfallen, so z. B. die ausdrückliche Aufrechterhaltung des § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Es ist ganz selbstverständlich, daß Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen, nach wie vor ungültig sind. Welche Kreise sehen in dem ganzen Institut der Konventionalstrafe überhaupt nur eine deutsche Kleinlichkeit, über die man in anderen Ländern hinwegfieht. Ich persönlich bin nicht abgeneigt, mich dieser Anschauung anzuschließen. Jedenfalls verlangen wir eine großzügige Regelung der Materie in dem Sinne, daß man jede Kleinlichkeit herausläßt. Dazu rechnen wir zum Beispiel die sogenannte kleine Konkurrenzklause des § 75b. Der Bindung der Klause an eine bestimmte Gehaltsgrenze könnten wir zustimmen. Wenn die Regierung eine solche Regelung als schematisch bezeichnet, so wundert mich dieser Standpunkt in einer Zeit, wo wir zahlreiche Beispiele einer solchen Gehaltsgrenze in der Reichsgesetzgebung haben. Mit dem sozialdemokratischen Redner stimme ich darin durchaus überein: es muß für den Fall der Ausbedingung einer Konventionalstrafe ganz ausgeschlossen sein, daß daneben oder wahlweise der Prinzipal auch noch berechtigt sein soll, die Erfüllung zu verlangen oder einen Schaden zu liquidieren, der über die Höhe der Konventionalstrafe hinausgeht. — Die Kommission möge auch die Vergleichung mit dem internationalen Recht nicht übersehen. Wir haben z. B. nichts gegen die Uebnahme des Paragraphen aus dem neuen Schweizer Gesetz, das dem Prinzipal im einzelnen Falle die Beweislast auferlegt, welches dem seine gefährdeten Interessen sind. Gelting es, die von mir hervorgehobenen Hauptgesichtspunkte durchzuführen und außerdem noch manche Partien des Gesetzes in unser sonst so geliebtes Deutsch zu übertragen (Heiterkeit), damit es den Verteilten auch hinreichend verständlich ist, so werden wir einen wirklichen sozialen Fortschritt zu verzeichnen haben. (Bravo!)

Abg. v. Weich (L.): Der Vorschlag der Vorlage ist, daß sie die bestehenden Mißstände klar zeichnen. Ob der Weg, den sie zur Beseitigung dieser Mißstände angibt, der richtige ist, ist eine andere Frage. Gegen eine völlige Beseitigung der Konkurrenzklause haben wir Bedenken. Daß infolge der vorgesehene Entschädigung viele Prinzipale von der Konkurrenzklause absehen werden, wie das die Vorlage annimmt, halte ich für eine zu optimistische Anschauung. Will man eine Gehaltsgrenze für die Konkurrenzklause festsetzen, so müßte man mindestens auf 4000 bis 5000 M. gehen, von der Annahme ausgehend, daß Angestellte, die wirklich Betriebsgeheimnisse erfahren, höhere Gehälter verdienen. Als warme Freunde des Mittelstandes hoffen wir, daß ein Werk zustande kommt, das die offensbaren Mißstände, die vorhanden sind, abschafft und zugleich die berechtigten Interessen der Prinzipale schützt. (Bravo! recht.)

Abg. Weinhausen (Sp.): Die Gehilfenschaft verlangt vollständig einmütig die Beseitigung der Konkurrenzklause. Ob diese hier durchzuführen ist, scheint mir trotz der theoretisch sehr warm gehaltenen Reden des Herrn Trimbora, noch sehr fraglich. Jedenfalls sind wir bereit, auch an ihrer Beschränkung mitzuarbeiten. Wir glauben, daß die Vorlage in der Kommission so umgestaltet werden wird, daß sie nachher einer glatten Beseitigung der Konkurrenzklause ähnlich sieht wie ein Ei dem anderen. Die Schaffung einer Gehaltsgrenze halten wir für geboten. — Auf dem Standpunkt „Alles oder Nichts“ stehen wir nicht; wir sind bereit, an der Umgestaltung der Vorlage in der Kommission mitzuarbeiten; sie wird dann die Einleitung zu einer völligen Beseitigung der Konkurrenzklause sein. (Bravo! bei den Freisinnigen.) Ich kann aber nicht schließen, ohne das Bedauern meiner Freunde darüber zum Ausdruck zu bringen, daß die Vorlage nicht auf die Gewerbebetriebe ausgedehnt ist. Gerade die technischen Angestellten bedürfen eines besonderen Schutzes, und wir werden in der Kommission jede Resolution unterstützen, die eine Vorlage auch für die technischen Angestellten fordert.

Abg. Douber (Vole): Wir werden in erster Reihe für völlige Aufhebung, in zweiter für möglichste Einschränkung der Konkurrenzklause eintreten.

Abg. Warmuth (Sp.): Die Vorlage wird den Wünschen der Handlungsgehilfen nicht in genügendem Maße gerecht. Die Konkurrenzklause muß auf Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse beschränkt werden, ferner darf sie bis zu einer gewissen Gehaltsgrenze überhaupt nicht gebudet werden. Auch die Karenzzeit von drei Jahren, die der Entwurf vorsieht, ist zu lang, sie dürfte höchstens ein Jahr betragen. Auch in der Entschädigungsabstufung trifft der Entwurf nicht das Richtige; gerade im Anfang wirkt die Beschränkung durch die Klause am schärfsten, und deshalb müßte in dieser Zeit die Entschädigung am größten sein. Wenn in diesen Richtungen die Kommission den Wünschen der Handlungsangestellten entgegenkommt, wird etwas Brauchbares geschaffen werden, was auch den Interessen der Prinzipale nicht widerspricht.

Ich füge zum Schluß noch den Wunsch hinzu, daß uns bald auch ein Gesetz zur Regelung der Konkurrenzklause bei den technischen Angestellten vorgelegt werde. (Bravo! recht.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Sp.): Der vorliegende Entwurf löst die Frage nicht befriedigend; aber wir danken für seine Einbringung, er bildet eine Grundlage, damit wir das hinein schreiben, was wir wünschen, das ist vor allem die völlige Beseitigung der Konkurrenzklause. Wenn das Bestehen des kaufmännischen Mittelstandes von der Konkurrenzklause abhängt, Bestände der Mittelstand schon heute nicht mehr; den Mittelstand müssen wir auf andere Weise schützen. (Sehr richtig! b. d. Wirtsch. Sp.) Eines müßte nicht nur völlig verboten, sondern sogar unter Strafe gestellt werden, das ist das Abschließen einer Konkurrenzklause mit Minderjährigen.

Abg. Dr. Luard (Soz.):

Wer in der Kommission nicht für das völlige Verbot der Konkurrenzklauseleintritt, trägt dazu bei, daß die präferierte Lage der Angestellten bestehen bleibt. Es wird damit jeder soziale Fortschritt im Handelsgewerbe so gut wie unmöglich gemacht. Ich erinnere daran, daß der preussische Handelsminister die Konkurrenzklauseleintritt mit dem Koalitionsrecht in Verbindung gebracht hat, sie soll auch angewendet werden, wenn ein Angestellter sich an einer dem Prinzipal unangenehmen Koalition beteiligt. Weiter will ich darauf hinweisen, daß die Schwierigkeiten, die die Liberalen darin finden, dem Bestehen der Konkurrenzklauseleintritt radikal entgegenzutreten, wirtschaftlich und sozial verständlich sind. In der Brust des Herrn Weinhausen leben zwei Seelen.

Die Herren wollen den Handlungsgehilfen helfen, sie wollen es aber auch nicht mit den Liberalen vertragen. Vor 50 Jahren hat Schützelschiff'sche Beschlüsse gegenüber betont, die Freiheit der Entwicklung bestehe darin, daß jeder unbeeinträchtigt von den von der Natur in ihn gelegten Kräften den höchsten, ihm erreichbaren Gebrauch machen könne. Was ist heute von diesem Ideal übrig geblieben? Am schärfsten sehen wir die Konkurrenzklauseleintritt in der chemischen Industrie angewendet in einer Weise, die eine freie Entwicklung der Persönlichkeit nicht mehr zuläßt. Die Gegensätze zwischen den Unternehmern und den Gehilfen haben eine so scharfe Form angenommen, daß Sie es nicht einmal fertig bringen, so drückende und an das Unmoralische grenzende Fesseln zu beseitigen, wie die Konkurrenzklauseleintritt. Sie stehen hier vor einer Unmöglichkeit, die sich aus Ihrer gesamten Stellung ergibt. Sie können weder für das völlige Verbot der Konkurrenzklauseleintritt, noch auch für das Verbot des Koalitionsrechts. Indem Sie die Konkurrenzklauseleintritt aufheben, geben Sie die Entwicklung der freien Persönlichkeit preis vor den übermächtigen Kapitalinteressen. Wir werden in der Kommission versuchen, das völlige Verbot der Konkurrenzklauseleintritt durchzuführen. Ich werde mich freuen, wenn das Zentrum und dabei helfen wird, wenn seine Mitglieder nicht nur vorsichtige, sondern auch energische Kämpfer sein werden. Von Ihrer und der Haltung der Liberalen wird es abhängen, ob es möglich sein wird, endlich die persönliche Freiheit der Angestellten sicher zu stellen, die Sie vor 50 Jahren versprochen haben, und für die heute nur die Sozialdemokraten kämpfen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Warquardt (noll.): Unsere deutsche Volkswirtschaft wird durch die Konkurrenzklauseleintritt erheblich geschädigt. Ihre Notwendigkeit stellt die gesamte Handlungsgehilfenchaft in Abrede. Die Begründung sagt, daß sie der Mehrzahl der Angestellten gegenüber entbehrlich ist. Da soll man um so weniger den ganzen Stand dauernd mit diesem Mißtrauen belasten. Die Konkurrenzklauseleintritt heute einfach dem Zweck, der Konkurrenz kein einigearbeitetes Personal zukommen zu lassen. (Sehr richtig!) Der Entwurf genügt keineswegs den Ansprüchen der Handlungsgehilfenchaft, ganz abgesehen davon, daß er die Konkurrenzklauseleintritt nicht sofort beseitigt. Die Zulassung der Klage auf Erfüllung und auf den nicht gebildeten Schaden würde direkt eine Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes für die Gehilfenchaft bedeuten. (Hört! hört!) Die Gehaltsgrenze sollte auf 5000 M. festgesetzt werden, die Konventionalstrafe sowie die Dauer der Konkurrenzklauseleintritt muß herabgesetzt werden. Noch gar nicht berührt ist die geheime Konkurrenzklauseleintritt, die auf Verabredung eines Kongerns von Prinzipalen beruht und die Gehilfen in einer Weise bindet, die allerdings an Zeiten des Mittelalters erinnert und in die Zeit der heutigen wirtschaftlichen Freiheit nicht hineinpaßt. Wir treten für das freie Recht auf Arbeit ein, das in dem Reichsbewußtsein des Volkes wurzelt. (Bravo! links. Zuruf rechts: Was sagt aber der Hanfabund dazu? (Heiterkeit.)

Abg. Waldstein (Sp.): Herr Trimborn und andere sagen, man solle durch Verschärfung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb einen Ersatz für das Fehlen der Konkurrenzklauseleintritt schaffen. Vor diesem Weg möchte ich eindringlich warnen, das könnte leicht zu einer gesetzlichen Konkurrenzklauseleintritt führen. (Sehr richtig! b. d. Sp.) — Ich wäre froh, wenn sich ein absolutes Verbot der Konkurrenzklauseleintritt durchführen ließe; ist es nicht der Fall, so werden wir den Entwurf doch in der Richtung darauf auszugestalten suchen. Herrn Luard bemerke ich noch, daß wir Liberalen niemals, auch Schützelschiff'sche nicht, die Vertragsfreiheit für einen undurchbrechbaren Grundgesetz erklärt haben! (Bravo! b. d. Sp.)

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Trimborn (Sp.) wird die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Jugendgericht. Stat des Reichstages des Innern.) Schluß 7/8 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

109. Sitzung, Sonnabend, 11. Januar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Lenke, v. Dallwitz, Sydow, v. Breitenbach, v. Trost zu Solz, Weseler.

### Die erste Lesung des Etats.

Abg. Windler (L.) stellt mit Befriedigung fest, daß die Regierung in einem Nachtragsetat die Mittel zur Verringerung des Wagenmangels fordert. Wir haben den Minister der öffentlichen Arbeiten darin unterstützt, daß im Interesse des Eisenbahndienstes die Beamten und Angestellten auf manche Freiheit verzichten müssen; um so mehr werden wir ihn auch in der Verringerung des Personals unterstützen. Der Redner bespricht dann im Sinne des Finanzministers die Wirtschaftslage und den unfinnigen Sturm auf die Sparkassen, den die Kriegsfurcht in manchen Gegenden hervorgerufen hat. Die Frage der Steuerzuschläge will der Redner heute nicht erörtern und behält seiner Partei die Freiheit der Entschlieung vor. Der Vorschlag für Landwirtschaft und Industrie muß aufrecht bleiben im beiderseitigen Interesse. (Sehr wahr! rechts.) Wir bitten, die kleinen Amtsgerichte im Interesse des flachen Landes nicht zu vermindern. Die Ausdehnung der Jugendpflege auf das weibliche Geschlecht begrüßen wir. Ob die Unterstufen an Beamten unseren Beschlüssen entsprechen und ob sie ausreichen, müssen wir in der Kommission prüfen. Bei der inneren Kolonisation dürfen die An siedler nicht zu teuer angesiedelt werden. Unser Kulturreich mit den gewaltigen Leistungen Preußens für die Schulen aller Gattungen kann sich sehen lassen. Wie ist der Ministerstreit in Halle entschieden? Die deutschen Hochschulen sind in erster Linie für die deutschen Studenten da. Von den viel zu vielen Ausländern muß die gleiche Ausbildung verlangt werden wie von den Deutschen. Immerhin bebauern wir die Form der Studentenaktion — den Streik!

Das Jahr 1913 erinnert uns an die große Zeit von hundert Jahren. Was haben unsere Vorfahren aus dem armen Preußen von damals gemacht! Damals herrschte aber auch Königskrone, Opferwilligkeit bis zum äußersten und Vaterlandsliebe im preussischen Volk. (Bravo! rechts.) Jene große Zeit soll uns das Gewissen schärfen. Wir erfüllen mit unserer schlichten Arbeit in diesem hohen Hause mit der Regierung unsere Pflicht im Dienste des Vaterlandes. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Graf v. Praschma (Sp.) beklagt den fast unersetzlichen Verlust, den das Reich durch den Tod Aiderlen-Wachters erlitten hat. Wir können nur wünschen, daß es seinem Nachfolger ebenso gelingen möge, einen Ausweg aus der schwierigen Lage zu finden. (Bravo! im Zentrum.) Bei der Beratung der Enteignung polnischer Grundbesitzer, dieser verwerflichen Maßnahme, habe ich auf die Wirkung hingewiesen, die dies im Ausland haben könnte. Ich protestiere aber dagegen, daß ich eine Einmischung Oesterreichs angebracht hätte, die mir und auch sicher Oesterreich selbst nicht wünschen können. Die nichtwürdigen Inquisitionen des Vereins, dessen Wirken immer mehr der Entwertung im Osten unjere-

Vaterlandes dient, weisen wir nicht einmal zurück, das ist uns das nicht wert. Der dort verlangte kalte Wasserstrahl gegen Oesterreich wird hoffentlich nach einer anderen Richtung gelenkt werden. (Lebhafter Bravo! im Zentrum.)

Der Nachtragsetat ist zum Teil auch für die Unterstützung von Beamten bestimmt. Wenn wir Feuerzugeszulagen wünschen, so sollen sie

### Keineswegs ständige Gehaltsbesserungen

werden. Die festen Grundzüge dafür werden wir in der Kommission festzulegen haben. Ob bei den öffentlichen Bauten und den Berliner Museumsbauten mit den Staatsgeldern genug vorzüglich gewirtschaftet wurde, müssen wir noch untersuchen. — Der Redner wendet sich gegen den steigenden Luxus, die Verschwendung und Vergnügungssucht in allen Kreisen. Eine weniger bürokratische Behandlung der Arbeiterfragen bei der Eisenbahn und im Staatsbergbau könnte nicht schaden. Wo bleibt das Wohnungsgesetz? — Zur Kultur gehört aber auch die Bekämpfung der Unfruchtlichkeit und die hoferfreuliche Jugendpflege des Staates, bei der aber die sittlich-religiöse Erziehung nicht vernachlässigt werden darf. Dem Sonntagsgottesdienst darf die Jugend nicht entzogen werden.

Können wir nun mit gleicher Zuderkunft auch in die Zukunft sehen? Wie steht es mit dem Glück, der Zufriedenheit, dem gegenseitigen Verstehen im Volk? Da stelle ich

### an die Spitze die Jesuitenfrage,

die bei unseren Wählern im Vordergrund des Interesses steht und tiefe Erregung im katholischen Volk hervorgerufen hat. (Zustimmung im Zentrum; lauter Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Der Schuldige soll der Freireiher v. Dertling sein. Ja, darf denn ein Katholik und früherer Zentrumsmann nicht mehr Minister werden? (Sehr wahr! im Zentrum.) Der Reichsanwalt hat ja auch dem Erlaß der bayerischen Regierung die Schuld gegeben. Der Redner sucht nun in längeren Ausführungen nachzuweisen, daß der Herrliche Erlaß dem Jesuitengesetz nicht widersprochen habe, da das, was er gestattete, nicht verboten ist, zum Beispiel soziale Vorträge der Patres Jesuiten. Nicht der Erlaß, sondern das Pressegesetz war reichsfeindlich. Ich wundere mich, daß man über unsere Mißtrauensklärung im Reichstag erstaunt war. Wie kann man Vertrauen erwarten, wo man uns durch den Bundesratsbeschuß über die Jesuiten schärfstes Mißtrauen beweist? (Sehr wahr! im Zentrum.) Sie beurteilen und regeln katholische Dinge nach Ihrer Auslegung — was würden Sie sagen, wenn evangelische Fragen von Katholiken geregelt würden nach Ihren religiösen Anschauungen? Herr v. Kardorff wirft dem Papst vor, daß er kein Verständnis für deutsche Verhältnisse habe. So haben Sie doch erst selbst Verständnis für Ihre eigenen Landesleute katholischen Glaubens! (Lebh. Zustimmung im Zentrum; Lachen bei den Nationalliberalen, was der Redner feststellt.) Daß der Bundesratsbeschuß eine Verschärfung ist, ist kein Zweifel, — wie wollen Sie etwas anderes der Polizei, den Gerichten und auch den liebenswürdigen Denunzianten harmachen? Preußen wird nicht zugrunde gehen, wenn die 100 Jesuiten, die die deutsche Ordensprovinz disponibel hat, Deutschland überschwemmen würden. (Heiterkeit im Zentrum.)

Der Redner erklärt dann, daß die Moral der Jesuiten die der ganzen katholischen Kirche sei (Abg. Hoffmann: Hört! hört!) und polemisiert dann gegen die Vorwürfe, die u. a. vom Reichsanwalt dem Jesuitenorden gemacht sind. Schließlich verweist er auf die Beliebtheit der Jesuiten in Holland, Belgien usw. und preist sich glücklich, ein Jesuitenschüler gewesen zu sein. Glauben Sie, daß wir es nicht empfinden hätten, wenn uns die Lehrer undudham und unpatriotisch machen wollen, wie Irregelleitete behaupten? Wir stehen dafür ein, daß in den Jesuiten nur ein Gefühl lebt und von ihnen gelehrt wird: Kirchliche und staatliche Autorität! Aber es wurde uns auch gelehrt, daß wir vaterländisch nicht nur aus Pflicht, sondern auch mit Liebe sein müssen. Und diese Männer weisen Sie aus dem Vaterlande? Lernen Sie die Jesuiten erst kennen — alle Gegner, die das taten, sind befehrt zurückgekommen. (Lebh. Beifall im Zentrum.) Solange noch Umsturz und Unglaube nicht von Ausnahmegegesen bebroht sind, solange dürften die Jesuiten nicht einmal dann ausgewiesen sein, wenn sie die wären, als die man sie schilbert. Man macht uns den Vorwurf, daß wir in dieser schweren Zeit zum Nachteil des Vaterlandes die Jesuitenfrage aufrollen. Nein, dazu haben wir

### zu viel jesuitischen Geist

(Bravo! im Zentrum. — Große Heiterkeit auf verschiedenen Seiten), denn die Jesuiten lehren, das Vaterland über alles zu stellen.

Statt nach dem sozialistischen Sieg bei den Reichstagswahlen von 1912 den Kampf aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu eröffnen, stehen wir wieder so zueinander, daß die Sozialdemokratie den Nutzen davon bei den Landtagswahlen haben wird. (Abg. Hoffmann: Die Angst!) Das katholische Volk bittet Sie: Lasset die Geliebten wieder herein zum Wohl des Staates! (Beifall im Zentrum.) Wenn wir auch in vaterländischen Fragen nicht verjagen werden, so mindern Sie doch unsere Begeisterung. Die katholische Kirche richtet ihren Hauptkampf gegen den Umsturz, darum sollen Sie, solange Sie noch die Macht haben, ihr die volle Freiheit geben, die sie nur anwenden wird im Kampf gegen den Ihnen (nach rechts) und uns gemeinsamen Gegner, in dem wir treu an Ihrer Seite stehen gegen den gemeinsamen Feind. Unser Vaterland kann solcher Kräfte nicht entbehren, um dem Volk die ihm schwebenden unersetzlichen Güter der Religion und Sittlichkeit zu erhalten. Die Verbindung der Schule mit der Kirche wird immer loser, und die schlimmste Seuche, Umsturz und Unglaube, verbreitet sich immer mehr. Nicht mit liberaler, sondern mit christlich-konservativer Regierung werden Friede, Wohlfahrt, Zufriedenheit im Volk einzubringen. Möge das Jahr 1913 in diesem Sinne unvergessen werden! (Lebhafter anhaltender Beifall im Zentrum.)

Kultusminister Dr. v. Trost zu Solz: Die Aufhebung des Jesuitengesetzes gehört vor Reichstag und Bundesrat, darauf gehe ich nicht ein. Wohl aber gehört hierzu die preussische Handhabung des Jesuitengesetzes, und der preussische Anteil am Bundesratsbeschuß vom 28. November 1912. Und wäre es viel lieber gewesen, wenn der Beschuß nicht notwendig geworden wäre. Mit der preussischen Praxis war man ganz zufrieden. Preußen wollte keinerlei Verschärfung, sondern nur eine Codifizierung. Eine authentische Interpretation des Bundesratsbeschlusses, die allen recht ist, erscheint unmöglich. In Preußen bleibt es bei der jetzigen Praxis, die stillen Wesen bleiben zugelassen, ebenso die Primisfeier, die Spendung der Sterbeakramente, wissenschaftliche Vorträge, die das religiöse Gebiet nicht streifen, kurz alle Tätigkeit, die sich nicht an die Menge der Gläubigen wendet und nicht gegen Andersgläubige wenden kann. Die Ausführung des Gesetzes durch die Landespolizeibehörden sichert auch eine ruhigere und zurückhaltendere Handhabung. In Mogen war in Preußen bisher kein Anlaß, und das soll auch so bleiben, denn das Gesetz soll nach wie vor ohne Kleinlichkeit angewendet werden. (Bravo! bei verschiedenen Parteien.)

Abg. Dr. Friedberg (noll.): Der Finanzminister ist in großer Verlegenheit, wenn er bei diesem Stand der Staatsfinanzen die Forterhebung der Steuerzuschläge zu rechtfertigen hat. Der Minister sagte, daß die gesamte Staatsschuld im jetzigen Tilgungstempo erst in 233 Jahren getilgt wäre. Ja, denken wir denn etwa daran, das gesamte Kapital den Staatsbahnen zurückzugeben? — Wir wünschen, daß die Eisenbahnen nicht zur Plusmacheri heruht werden. — Der Redner spricht dann von der militärischen und finanziellen Sicherheit und von der Notwendigkeit einer guten Diplomatie, wobei auch er die Verdienste Aiderlen-Wachters um die Erhaltung des Friedens hervorhebt. (Beifall.) Hält die Personalvermehrung Schritt mit der Verkehrsvermehrung? Warum will der Minister noch immer nichts von der Molekularisierung wissen, wo sich doch alle großen Parteien für den Ausbau der Wasserstraßen ausgesprochen?

Das preussische Wahlrecht in seiner jetzigen Form ist nicht aufrechtzuerhalten.

### Nicht ein radikales Wahlrecht

darf eingeführt werden, sondern ein staatsmännisch vor- aussehend eingerichtetes. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Die Stellungnahme der Konservativen und der Regierung ist verfehlt, die Regierung muß führen. Wir erwarten, daß ihre erste Tat in der neuen Legislaturperiode die Vorlage einer guten Reform sein wird. (Bravo! bei der Mehrheit.) Auch die Aenderung der Kreisordnung ist von großer Wichtigkeit. Eine Reform des Herrenhauses ist unerlässlich. Natürlich wollen wir es nicht, nach englischem Muster, in seinen Rechten beeinträchtigen und kassieren — aber ins Oberhaus gehört eine stärkere Vertretung von Industrie und Handel.

Wir sind gegen Aufhebung oder Abschwächung des § 12 des Reichsbeschaugesetzes und gegen das Vereinfachen ausländischen Gefrierfleisches. (Bravo! bei den Nationalliberalen, rechts und in der Mitte.) Die Entvölkerung des platten Landes, namentlich dort, wo der Großgrundbesitz herrscht, macht eine intensive innere Kolonisation nötig. Es darf nicht vorkommen, daß verlassene Staatsdomänen wieder in den Besitz des Großgrundbesitzes gelangen. Wo bleibt das schon von Rheinbaben versprochene Fideikommissgesetz? Entgegen man die großen polnischen Fideikommissie, deren Besitzer dauernd im Ausland leben und mit der Scholle keineswegs verwaisten sind. Freilich muß die Beschränkung der Enteignungsbeschuß auf 60 000 Hektar fallen.

Die Angriffe des Grafen Praschma auf den Ostmarkenverein, der sich hier nicht verteidigen kann, scheinen mir wenig loyal. — Auch für Kinderhorter der noch nicht schulpflichtigen Kinder muß der Staat etwas tun. — Die Affäre der Berliner Museumsbauten zeigt einen zu schwerer Geldvergeudung führenden Widerstreit zwischen der Bauverwaltung und dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten.

Von den Jesuiten war es ganz ruhig, bis Dertling diesen Handstoff ins Volk warf. Die einmal vorhandene Empfindlichkeit des protestantischen Volkes muß einmal geschont werden. (Abg. Graf Praschma (L.): Wenn sie berechtigt ist.) Diese Auffassung, Herr Graf Praschma, könnte zu Konsequenzen führen, die dem Staatswohl nicht nützlich wären, wenn jeder nur dem Gesetz folgen wollte, das er für berechtigt hält. (Lebhafter Zustimmung.) Jenes erste ultramontane Ministerium — lebhafter Widerspruch im Zentrum — Graf Praschma: Bitte, lassen Sie diesen Ausdruck beiseite, also dieses erste Zentrumministerium (Choi! im Zentrum) hat mit allen seinen Taten solche Ungeschicklichkeit bewiesen, daß Sie (zum Zentrum) sich lieber nicht mit ihm identifizieren sollten. (Sehr gut! links.)

Der Redner polemisiert dann weiter gegen die Jesuitenauflösungen des Abg. Graf Praschma. Als er dabei sagt, daß die preussische Regierung doch wohl über die Absichten der Kirche und ihrer römischen Oberleitung orientiert sei, widerspricht das Zentrum, worauf er sagt: Na, sie wird doch durch den Gesandten beim päpstlichen Stuhl unterrichtet, den Sie für so unentbehrlich halten! Die heutigen

### Konservativen Beteuerungen des Grafen Praschma

sind um so interessanter, wie auch erfreulicher, denn früher war das Zentrum ultrademokratisch. (Heiterkeit im Zentrum, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Redner schließt mit der Bemerkung, daß die Ablehnung der Quotifizierung (Beweglichmachung eines Teiles, je nach der Finanzlage) der Einkommensteuer durch die Regierung die Aufhebung der Steuerzuschläge zur Folge habe. Es gab einmal einen Bürgered, daß man die Steuern gern zahle. (Große Heiterkeit.) Die Bürger müssen einsehen, daß Steuern sein müssen, aber vor Überbürdung mit Steuern müssen wir sie schützen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Handelsminister Sydow antwortet auf die Fragen der Abg. Windler und Graf Praschma wegen des Saarbergarbeiterstreiks. Die Aenderungen der Arbeitsordnung legte nur die längst gelübte Praxis fest. Die Löhne sind erheblich über den Tiefstand von 1909 (3,96 M. pro Schicht) auf 4,21 M. im Spätherbst, bezw. von 4,26 M. auf 4,42 M. für Häuer und Bedingelappeler. Im Oktober 1912 erfolgte eine weitere Steigerung. Die Häuer verdienten im Oktober 1912 zu 28,9 Proz. einen Gehaltsgewinn von 5,50 M.

Der Gewerksverein christlicher Arbeiter war zum Teil infolge Unstimmigkeiten zwischen katholischen und evangelischen Mitgliedern tatsächlich in seiner Mitgliederzahl gesunken. Die Arbeiterauschüsse mit christlich-gewerkschaftlicher Reichheit lehnen jede Verhandlung über die Schlepperzeitbestimmung der Arbeitsordnung ab. Den Wünschen der Arbeiterauschüsse, die sich geändert hatten, wurde nach Möglichkeit Rechnung getragen. Der Minister gibt dann der Agitation der christlichen „Saarpost“ die Schuld an der Aufregung der Arbeiter. Am 11. Dezember war Reichstagsabgeordneter Coggmann zu seiner Information bei mir, am 12. Dezember die drei Deputierten der Saarbergwerke. Ich legte, wie schon die Bergwerksdirektion, dar, daß es sich nur um eine Kodifizierung der bestehenden Praxis handele und sagte Lohnhöhung bei weiterer guter Konjunktur zu. Dies wurde auch an der Saar publiziert. Der christliche Gewerksverein nahm nun, da die Saardeputierten nicht zufrieden gestellt waren, die Sache in die Hand. — Der Minister schilbert dann die schon bekannte weitere Entwicklung der Sache und sagt: Bei meinen Bemerkungen um die Erhaltung des Friedens leitete mich in keiner Weise die Besorgnis, daß der Streit für die Bergwerksdirektion verloren gehen könnte, sondern das menschliche Gefühl, das mich die Bergarbeiter vor solcher Selbstschädigung zurückhalten ließ.

Schließlich gelang es den Herzen, die zum Streit geraten hatten, am 28. Dezember nicht ohne Mühe, wieder abzulassen. Jedenfalls hatte der Gewerksverein 8—9000 Mitglieder gewonnen, was vielleicht die Hauptsache war. (Widerspruch bei den Zentrumskonservativen.) Wir hatte die Bergwerksdirektion jedenfalls schon vor Mitte Dezember gesagt, daß es nicht zum Streit kommen würde. Jedenfalls, das, was der Gewerksverein erreicht hat, war das Beste, was ihm schon vor dem Streit zugefagt war. Das hätte er billiger haben können! Bürokratisch ist nicht vorgegangen worden, im Gegenteil, mit seltener Geduld und Güte.

Ein dunkler Punkt ist noch da: die Ueberwachung der Erfüllung der Versprechungen der Bergwerksdirektion. Soweit die Arbeiter ihre Erfahrungen austauschen wollen, habe ich nichts dagegen, aber wenn das eine Nebenregierung oder Agitationszentrale werden sollte (Abg. Imbusch (Sp.): Nein!), dann würde ohne Rücksicht auf die Folgen mit Kundigungen vorgegangen werden. Hoffentlich wird jetzt dauernder Friede im Saarrevier, besonders im Interesse der Arbeiter! (Beifall.)

Das Haus vertagt sich. Montag, den 12. Januar, vormittags 10 Uhr: Fortsetzung der Etatsberatung. Schluß 7/8 Uhr.

## Aus der Partei.

### „Der Eröffnungsrummel des württembergischen Landtags.“

Unser Stuttgarter Parteiorgan widmet dem höchsten Eröffnungsspektakel, mit dem am 8. Januar der württembergische Landtag eröffnet wurde, einen Leitartikel. Nach der Schilderung der gottesdienstlichen Vorseier, die dem eigentlichen höflich-parlamentarischen Eröffnungsbalt voranging, schreibt die „Schwäbische Tagwacht“:

Angewiesen hatte die Stadtgarde die Wache im Ständehaus bezogen, und die Galerien des Halbmondsaals hatten sich mit zahlreichem Publikum gefüllt. Unten im Saale wurde der Präsidentenstuhl durch den Königsthron ersetzt! So wurde auch äußerlich noch scharf zum Ausdruck gebracht, daß nicht der König zum Volke kam, sondern daß die Volksvertreter der königlichen Gewalt unterworfen sind. Gegen 11 Uhr nahmen die Abgeordneten ihre Plätze ein, und in dem Rondell vor den Säulen der Abgeordneten versammelten sich die Mitglieder der Ersten Kammer. Der König wurde am mittleren Portal von einer aus 12 Mitgliedern der beiden Kammern sich zusammensetzenden Abordnung empfangen und bei seinem Eintritt in den Saal mit einem Hoch begrüßt! Dem

Volltribunen aus Schlingen, Oberbürgermeister Mülberger, war die ehrenvolle Aufgabe zugefallen, das Kommando zum Königshoch zu geben. Nachts vom Thron nahmen die Prinzen des kgl. Hauses Aufstellung, ebenso die Minister und andere, während das Gefolge des Königs sich links vom Thron gruppierte. Die erstmals neu in die Ständeversammlung eingetretenen bürgerlichen Mitglieder legten den Ständebund in die Hand des Königs ab. Die neugewählten sozialdemokratischen Abgeordneten fehlten. Nach der Vereidigung überreichte Ministerpräsident v. Weizsäcker dem König die Thronrede, die dieser verlas. Nachdem der Landtag für eröffnet erklärt war, brachte Fürst Hohenhausen-Bartenstein noch ein Hoch auf den König aus, worauf dieser mit seinem Gefolge den Saal verließ.

Die neugewählten sozialdemokratischen Abgeordneten fehlten. Das heißt, die anderen sozialdemokratischen Abgeordneten haben dem höfischen Eröffnungsrummel beigewohnt! Nicht anwesend waren die Genossen Engelhardt, Hofsta, Specta und Westmeyer.

Unsere Landtagsfraktion begründet ihre Stellung zur Eröffnung des Landtages durch folgenden Beschluß: „Die Fraktion beteiligt sich an der Sitzung zur Eröffnung des Landtags als einem in der Verfassung vorgeschriebenen staatsrechtlichen Akt. Der Tradition der Partei und der Absicht der Fraktion entsprechend, wird sie sich an der von den Mitgliedern der Ersten Kammer und den bürgerlichen Parteien der Zweiten Kammer veranstalteten monarchischen Huldbildung nicht beteiligen. Sie erklärt sich damit einverstanden, daß die zu vereidigenden Fraktionsmitglieder ihren Eid am zweiten Sitzungstage leisten.“

Unsere Landtagsfraktion hat es vorgezogen, freiwillig dem Rummel beizuwohnen und den Willen und das Gefühl unserer deutschen Parteimehrheit zu verletzen. Mit Überlegung und Absicht! Denn der Tag gingen Beratung und Beschlußfassung voraus. Die Fraktion sagt, es handelt sich um einen in der Verfassung vorgeschriebenen Akt. Wir finden in der Verfassung keine Stelle, nach der unsere Fraktion auch nur die geringste Verpflichtung hätte, an der von den bürgerlichen Parteien der Zweiten Kammer veranstalteten monarchischen Huldbildung teilzunehmen. Weich die Fraktion es anders, dann möge sie uns die Bestimmungen in der Verfassung nennen, durch die sie, zum Schutze irgendwelcher proletarischen Rechte und Interessen, gezwungen war gegen die Grundsätze und die Tradition der republikanischen Sozialdemokratie zu handeln. Wir verstehen nicht recht die Bemerkung im Fraktionsbeschluß: es entspricht der Absicht der Fraktion, sich nicht an dem höfischen Rummel zu beteiligen. Wir glauben zunächst, unsere Fraktion wollte erst den oben geschilderten feierlichen Akt mit monarchischer Dekoration und monarchischer Huldbildung vorübergehen lassen und dann den Sitzungssaal des Landtages betreten. Wir haben uns aber geirrt, denn unsere Abgeordneten, mit Ausnahme der genannten, haben dem ganzen Rummel mit Durra und Ochs beigewohnt und durch ihre Anwesenheit — wenn sie sich selbstverständlich auch passiv verhielten — sanktioniert! Wozu das geschehen ist, ist uns um so weniger verständlich, als ja die eigentlichen Funktionen des Landtages erst begannen, nachdem der Hof unter Hochrufen abgezogen war. Erst dann trat Genosse Tauscher als Alterspräsident auf, um die nächste Sitzung auf den folgenden Tag zur Vornahme der Präsidentenwahl usw. anzuberaumen. Und damit war überhaupt alles erledigt. Unsere Fraktion hätte nichts, aber auch gar nichts veräumt, wenn sie dem ganzen Eröffnungsrummel ferngeblieben wäre! Unsere Reichstagsfraktion tut das übrigens regelmäßig.

Und fehlt ferner jede Erklärung dafür, weshalb die Fraktion jetzt neuen Konfliktstoff in das württembergische Parteileben eingetragen hat. Die Parteigenossen im Reich werden ebenjowenig wie wir die neueste Tat unserer Fraktion verstehen und billigen. Wie sollen die württembergischen Parteiverhältnisse gesunden, wenn Parteigenossen auf vorgeschobenem Posten bewußt und fortgesetzt nicht nur dem ausgesprochenen Willen eines großen Teils der württembergischen Sozialdemokraten, sondern auch dem wiederholt bekundeten Mehrheitswillen der deutschen Sozialdemokratie zuwiderhandeln. Unsere Fraktion hatte zu wählen, ob sie die kapitalistische Gesellschaft, deren Geschäfte die bürgerliche Mehrheit im Parlament besorgt, vor den Kopf stoßen wollte, oder ihre eigenen Parteigenossen, deren Klassenkampf auch im Parlament zu führen

sie herufen ist. Uns schmerzt es, daß sie das zweite getan hat. Es darf zwischen den Abgeordneten und den Massen, die hinter ihnen stehen, keine trennende Mauer errichtet werden. Die Abgeordneten müssen sich darüber klar sein, daß sie Vertrauensmänner der Massen sind und daß in den Massen allein die Wurzel ihrer Kraft liegt.“

Somit unser Stuttgarter Bruderorgan. Natürlich ist das fremdende Verhalten der Mehrheit unserer württembergischen Landtagsfraktion auch bereits von der bürgerlichen Presse mit allerlei Glossen versehen worden. So schreibt die „Württembergische Zeitung“, die zugleich in dem Farbenspaß des höfisch-ständesherrlichen Eröffnungsrummels schwelgt und nicht begeistert genug von den goldstrotzenden Waffenträgern, den Galauniformen der Ständeherrn, den hellroten Fräcken der Waldferritter und den violetten Soutanen der katholischen Würdenträger berichten kann, die der feierlichen Parlamentsöffnung Gepränge und Gepräge verleihen, über die Teilnahme der Fraktionsmehrheit:

„... Es war ein komischer Zufall, daß der erste Abgeordnete, der sich unten zeigte, ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion war, denen doch vom Stuttgarter Verein noch tags zuvor die Teilnahme an dem höfischen Akt, bei dem es natürlich ohne Königshoch nicht abgehen kann, aufs strengste verboten worden war. Nun, die meisten haben sich nicht darum gekümmert, es waren wenigstens 12 oder 13 da, die sogar beim Königshoch stehen blieben.“

#### Anebelung der ungarischen Presse.

Unserem Budapestener Parteiblatt wurde abermals, nach nur zweitägiger Unterbrechung, der Straßenverlauf wieder verboten, angeblich wegen Verherrlichung des Kobarscher Attentats auf den Kaiser, in Wahrheit wegen Aufdeckung neuer toller Korruptionsaffären des Ministerpräsidenten Lukacs.

### Jugendbewegung.

#### Ein glänzendes Erziehungsergebnis der Jugendwehr.

Dieser Tage berichtete das „Berl. Tagebl.“ aus Spandau: „Ein Seitenstück zu dem Auftreten des Hauptmanns von Köpenick“ bieten die Streiche, die von einem jungen Berliner in Seeoffiziersuniform in Spandau ausgeführt wurden. Der falsche „Leutnant zur See“ hielt wiederholt Soldaten an, die ihn auf der Straße nicht vorschriftsmäßig grüßten, und nahm sie auf die Wache mit. In einem Fall brachte er einen auf Posten stehenden Gefreiten zur Wache, der nicht vor ihm präsentiert hatte, als er vorüberging. Er ließ den Vorfall zur Bestrafung des Mannes protokollieren. Dann befahl er dem wachhabenden Unteroffizier, ihm einen Mann mitzugeben, um ihn nach einer ihm unbekanntem Stadtgegend zu führen. Der Unteroffizier gab ihm den erwähnten Gefreiten als Führer mit. Dieser hat unterwegs den „Seeoffizier“, von einer Strafanzeige Abstand zu nehmen, damit er nicht die Gefreitenknöpfe verliere. Durch vieles Wiltten ließ sich der gestrenge „Vorgesetzte“ auch umstimmen und händigte dem Gefreiten einen Zettel aus, der die Beifügung enthielt, den Gefreiten nicht zu bestrafen. Dem wachhabenden Unteroffizier fiel es auf, daß das Schriftstück verschiedene orthographische Fehler aufwies. Daraufhin wurden nach dem angeblichen Offizier Nachforschungen angestellt, und am Silvesterabend, als er in „Bibil“ seine in Spandau wohnende Braut besuchte, wurde er verhaftet. Es wurde festgestellt, daß es sich um den 18-jährigen Schreiber Ernst Albrecht aus Berlin handelt, der in der Alten Leipziger Straße wohnt. Dort wurde die Seeoffiziersuniform vorgefunden und beschlagnahmt. Wie sich bei der Vernehmung des Schreibers herausstellte, hat er seine militärischen Kenntnisse bei der Jugendwehr erworben.“

Die Jugendwehr kann stolz auf diesen hervorragend befähigten Jüngling sein. Er hat gründlich begriffen, was sich alles dank der Autorität des Uniformrockes androhen läßt. Der unternehmungslustige Schreiberlehrling hat offenbar von den Jugendwehrcapitänen gelernt, wie man sich im Offiziersrock zu räuspert und zu spuden hat.

Jugendwehrcapitän „Erziehung“arbeit und Kriegsspielerei führt zu blühenden und lebensgefährlichen Knallereien, und die Jugendwehr züchtet Kadetten, die im Hauptmann von Köpenick ihr Ideal erblicken. Wir gratulieren der „nationalen“ Jugendpflege zu ihren Erfolgen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn des Treppens — Fahrstuhl —, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Nachsatz und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Anwesenheit wird nicht erreicht. Anfragen, denen keine Abonnementsbeziehung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

**F. G. 10. 8.** Falls eine Verschlimmerung gegenüber dem Zustand zur Zeit der Entziehung der Rechte eingetreten ist, können Sie den Antrag auf Fortdauer der Rechte bei der Berufsgenossenschaft stellen. — **77. 1.** Bei der Gemeindefeudation, Straßener Straße 10, 2. Eofort. **3. Reim. 4. Reim. — F. W. 4055. 1. Reim. 2. Ja. — F. Paul 90. 1.** Die Firma hat Anspruch auf Schadenersatz und kann mit diesem Anspruch aufrechnen. Die Klage erscheint aussichtslos. **3. Wir halten Sie für besetzt, im Falle der Entlassung für 14 Tage Lohn zu beanspruchen. — F. R. 14. 1. Reim. 2. Es empfiehlt sich Beschwerde bei der Oberpostdirektion. — G. M. 86.** Sie selber können nicht veranlagt werden, wohl aber Ihre Frau. — **G. R. 305.** Nach Ihrer Darstellung haben Sie keine Verpflichtung zur Rückgabe. — **F. W. 200.** Es sind wiederholt Klagen geführt worden. — **M. R. W. 7.** Lassen Sie das Abzeichen mit und stellen Sie anheim, bei Bericht Anträge zu halten. — **R. 13.** Ihre Darstellung läßt nicht erkennen, ob der Arbeiter seinerzeit bei Zahlung der 28 M. weitere Forderungen gestellt hat oder nicht. Ist das erste der Fall, so liegt eine strafbare Handlung und auch eine Rückzahlungspflicht unseres Erachtens nicht vor, andernfalls ja. — **3. 10. 1.** Eine Benachrichtigung an die Heimatsbehörde erfolgt nicht. **2. 300 M. 3.** Bis rechtsgerichtlicher Dager mühen Sie ein Befähigungszertifikat haben, dessen Kosten zwischen 20 und 60 M. schwanken, je nach der Größe der Heimatsgemeinde. Falls Sie darüber die preussische Staatsangehörigkeit erwerben, was kostenlos geschieht, so sparen Sie sich diese Kosten. Es mühte auf die bayerische Staatsangehörigkeit verzichtet werden. **4.** Sofern der Vermieter kein Verzeichnis nachgewiesen werden kann, nein. Ihre Darstellung ergibt nichts für ein Verzeichnis. — **F. R. 1. u. 2. Reim. 3.** Klage beim Amtsgericht, in dessen Bezirk die Herrschaft Ihren Wohnsitz hat. — **R. R. 19.** Reklamieren Sie sofort, Ihre Steuerpflicht war mit Ende Kalenderjahr 1912 erloschen. — **M. R. 33.** Armenverwaltung, Mühlendamm 1. — **F. 1.** Wenn Sie von der Ausgabe des Geschäfts vor dem 1. Oktober der Gesellschaft Mitteilung gemacht haben, nein, andernfalls ja. — **G. R. 158.** Sie unterliegen der Angestelltenversicherung. Die Beiträge hat zur Hälfte der Unternehmer, zur anderen Hälfte der Angestellte zu zahlen. Der gesamte Beitrag macht 16,00 M. pro Monat aus, auf Ihre Hälfte entfallen also 8,00 M. monatlich. — **G. R. 63. 1. Reim. 2. und 3. Ja. 4.** Sie können das Pflichtteil — Hälfte des gesetzlichen Erbteils — fordern. **5.** Das müssen wir Ihnen überlassen. — **F. P. 11.** Der Stempel ist richtig berechnet. — **P. 2. 13.** Nur den entsprechenden Anteil für die Zeit bis Ende Juli. **2. Ungültig.** Nur für die Zeit vom Einzuge ab. — **F. R. 92.** — Die Klage erscheint durchführbar. — **B. T. 99. Ja. — G. R. 199. Reim.**

#### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	10. 1.	9. 1.		10. 1.	9. 1.
Wemel, Mühl	275 <sup>9</sup>	-18	Saale, Großk.	142	-8
Wregel, Unterburg	24 <sup>9</sup>	-30	Saale, Spandau <sup>9</sup>	94	-2
Wiesel, Thorn	194	-18	Spre, Spandau <sup>9</sup>	102	+7
Ober, Rasthof	143	-5	Spre, Spremberg <sup>9</sup>	98	0
Stollen	147	-9	See, Bredow	110	-1
Frankfurt	204	-6	Weser, Ründen	214	-12
Wartbe, Särzinn	-	-	Weser, Ründen	526	-6
Wald, Landsberg	104	-4	Rhein, Roggenhans	364	-8
Weg, Borsdamm	41	+1	Raub	199	-7
Wld, Leimitz	41	-6	Röln	232	-14
Wredben	-74	-5	Re, Hellsbrunn	85	-5
Wardy	287	-18	Rain, Qanau	182	-8
Wagdeburg	188	-10	Rosel, Arter	116	-5

<sup>9</sup>) + bedeutet Waß, — Fall. — <sup>9</sup>) Unterpegel. — <sup>9</sup>) Grundbeistellen.

Nur noch

8

Tage!



# Inventur-Verkauf

zu sehr billigen Preisen. Ein grosser Posten aus haltbaren Stoffen gefertigte

## Sommer- und Winter-Herren-Anzüge, Ulster, Paletots

zu den Serienpreisen M. 25.- 28.- 32.- 36.- 39.- 42.- 45.- 48.- 54.- 60.- 68.- 75.-

jetzt zum Einheitspreise M. 18.00 28.00 38.00 48.00

### Knaben- und Jünglings-Anzüge und Ulster

zu den Serienpreisen M. 8.- 10.- 12.- 13.- 16.- 19.- 21.- 25.- 28.- 30.- 34.- 38.- 42.- 46.- 50.-

jetzt zum Einheitspreise M. 5.00 10.00 15.00 25.00 35.00

Zu ebenfalls bedeutend herabgesetzten Preisen:

Beinkleider, Lodenjoppen, Geh-Pelze und Pelzjoppen

Änderungen zum Selbstkostenpreis

# Leineweber

Berlin C.

Kochstraße 54

Köllnischer Fischmarkt 4, 5, 6

Fischerstraße 1

Ein Posten  
Wasch-u. Woll-  
Westen  
zu den Serienpreisen  
bis 4.00 ..... jetzt 1.50  
5.00 bis 7.00 ... jetzt 3.50  
8.00 bis 10.00 .. jetzt 6.50



# A. Wertheim



Leipziger Str. 126-30  
132-37  
König-Str. am Bahnhof  
Alexander-Platz  
Rosenthaler Strasse  
Oranien-Strasse

In dieser Woche, soweit Vorrat:

## Extra-Preise

G. m. b. H.  
Versand-Abteilung:  
Berlin W. 66, Leipziger Strasse 132-137  
Die Firma A. WERTHEIM  
hat zu ähnlich lautenden  
Firmen keinerlei Beziehung

### Porzellan

Ein grosser Posten  
**dekor. Porzellan**

ausserordentl. preiswert  
Kaffectassen ..... 20 Pf.  
Teetassen ..... 23, 28 Pf.  
Mokkatassen ..... 10, 15 Pf.  
Dessertteller ..... 7, 8, 12 Pf.  
Kuchenteller ..... 35 Pf.  
Fruchtschalen ..... 50, 75 Pf.  
Kabarettts ..... 90 Pf. 1.30  
Tortenplatten ..... 45 Pf.  
Menagen ..... 18 Pf.  
Platten ..... 23 Pf.

#### Kaffeesevice

fein dekoriert, für  
2 Personen, 6 teilig .. 1.95  
für 6 Pers.,  
9 teilig .. 2.25 bis 4.25  
für 12 Personen,  
15 teilig ..... 5.40  
für 12 Personen,  
16 teilig ..... 6.25

**Tafelgeschirr, Weiss**  
Feston-Form

Speiseteller tief 17, flach 15 Pf.  
Dessertteller ..... 12 Pf.  
Kompotteller ..... 8 Pf.  
Bratenschüss. oval 20 bis 95 Pf.  
Bratenschüsseln rund 45 Pf.  
Kartoffelnäpfe .. 65, 95 Pf.  
Saucieren ..... 32, 40 Pf.  
Terrinen ..... 95 Pf. bis 1.55  
Kompottschüsseln 12 b. 60 Pf.

Kaffeekannen ... 35, 45 Pf.  
Milchtöpfe ..... 6 bis 15 Pf.  
Teekannen ..... 45 Pf.  
Zuckerdosens ..... 15 Pf.  
Tassen ..... 12 Pf.

#### Tafelservice

feine Randdekoration  
für 6 Pers., 30 teilig 22.00  
feine Randdekoration  
für 12 Pers., 60 teilig 51.00

### Glas

Neue Pressglasgarnitur  
**„Wilson“**

Kompottschüsseln 6 bis 45 Pf.  
Kompotteller ..... 5 Pf.  
Konfekteller ..... 4 Pf.  
Kuchenteller ..... 27, 40 Pf.  
Butterdosen ..... 23 Pf.  
Käseglocken ..... 55 Pf.  
Fruchtschalen ..... 80 Pf.  
Zuckerschalen ..... 9, 13 Pf.

#### Restbestände

von d. Pressglasgarn. „Brüssel“  
bis zur Hälfte der bisherigen Preise  
Butterdosen ..... 18, 25 Pf.  
Käseglocken ..... 35 Pf.  
Kuchenteller ..... 40, 50 Pf.  
Kompottschüsseln 10 b. 50 Pf.  
Kompotteller ..... 5, 7 Pf.  
Zuckerschalen ... 10, 12 Pf.

#### Trinkglasgarnitur

geschliffener Stiel m. Goldrand,  
zu ganz besond. billigen Preisen  
Rotweingläser ..... 35 Pf.  
Biertulpen ..... 35 Pf.  
Champagner-Schalen 35 Pf.  
Likörgläser ..... 25 Pf.

### Steingut

Ein Posten Weisses  
**Tafelgeschirr**  
mit kleinen Fehlern

Speiseteller tief und flach .. 5 Pf.  
Dessertteller ..... 4 Pf.  
Kompotteller ..... 3 Pf.  
Bratenschüsseln 12 bis 25 Pf.  
Terrinen ..... 55, 65 Pf.  
Kartoffelnäpfe ..... 35 Pf.  
Saucieren ..... 20 Pf.  
Salatschüsseln ... 6 bis 33 Pf.

#### Tafelgeschirr „Jeddo“

reich dekoriert, blaues Muster  
Speiseteller tief und flach 25 Pf.  
Dessertteller ..... 20 Pf.  
Kompotteller ..... 17 Pf.  
Kartoffelnäpfe ..... 2.05  
Saucieren ..... 1.10, 1.35  
Kompottschüss. 40 Pf. bis 1.10  
Bratenschüss. 65 Pf. bis 2.10  
Kaffeekannen 55 Pf. bis 1.05

**Tafelgeschirr**  
blaues Zwißelmuster

Speiseteller tief und flach .. 11 Pf.  
Dessertteller ..... 9 Pf.  
Kompotteller ..... 8 Pf.  
Bratenschüss. oval 23 bis 95 Pf.  
Kompottschüss. 23 bis 68 Pf.  
Kartoffelnäpfe 70 Pf. 1.10  
Saucieren ..... 60, 90 Pf.  
Milchtöpfe ..... 20 bis 95 Pf.  
Tassen ..... 13 Pf.

Ein Posten dekoriertes

**Waschgarnituren**  
grosse, moderne Formen, 5teilig  
6.50, 9.50, 10.00

Wasserkannen Eisenbein 38 Pf.  
Waschschüsseln Eisenbein .. 75 Pf.  
Wasserkannen dekoriert .. 1.65  
Waschschüsseln dekoriert 1.65

## Grosser Verkauf von Waschstoffen

## Grosser Verkauf von Seiden-Resten

## Inventur-

Verkauf der Firma  
**Gardinenhaus Bernhard Schwartz**  
Berlin, Spindlerhof.

Bis **50%** unter  
Preis.

Die Originalpreise sind auf Grund  
äußerst spizer Kalkulationen  
normiert.

Diese aussergewöhnlich günstige  
Inventur-Kauf-Gelegenheit  
besteht sich auf:

Gardinen, Stores, Füllbettdecken  
Vorhänge, Teppiche u. Steppdecken

**Berlin C, Wallstr. 13**

am Spindlerhof u. Grünstraße.  
Telegraphen-Nr.: Gardinenhaus.

Die Firma unterhält keine Filialen.  
**Verkauf nur Spindlershof!**



## Borussia Malzbier

für Kranke

Appetitanregend Nährhaft Bekömmlich

## Diesen Sprechapparat verfenden wir kostenlos

5 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken auf 10 doppelseitigen 29 cm großen  
Pathé-Platten. — Pathé-Platten werden ohne jeden Nadelwechsel mit einem unver-  
änderlichen, polierten Saphirstift gespielt, der die Platte nicht zerstört. Pathé-Platten  
sind deshalb bei ihrem niedrigen Preise von nur 3.50 Mark pro Doppelplatte (2 Stücke)  
nicht nur die besten, sondern auch die billigsten Platten. — Für die Pathé-Platten  
singen die größten international bekannten Künstler, und so ist unsere Sendung der

### beste Ersatz für Oper, Theater, Variété, Konzert

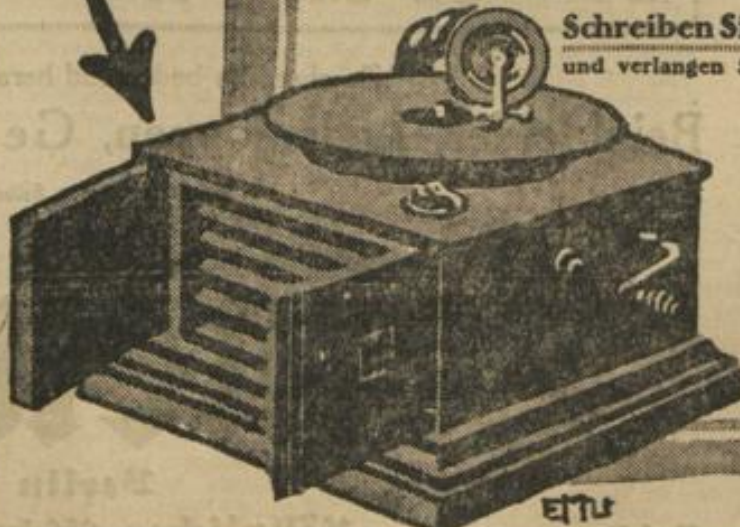
Der Preis unseres herrlichen Luxus-Apparates in echt Eiche mit der neuen großen Pathé-  
Konzert-Schalldose, die alle bisherigen Schalldosen weit in den Schatten stellt, beträgt  
nur 60 Mark. Dieser Preis ist ebenso billig wie bar und nur durch unseren ungeheuer  
großen Verkauf möglich. Behalten Sie unsere Sendung, so haben Sie für Apparat und Platten  
monatlich nur 3 Mark, bei Nichtgefallen nur die ganz minimalen Transportspesen zu zahlen.

Schreiben Sie uns also noch heute Ihre Adresse  
und verlangen Sie unsere Probesendung. — Postkarte genügt.

**Bial & Freund, Breslau II**  
Postfach 120/406

Freunden ganz luxuriöser Apparate empfehlen wir unser  
**Salon-Pathéphon aus Mahagoni**  
zum Preise von 120 Mark. Dazu liefern wir 20 Stücke  
auf 10 Pathé-Riesenplatten à 4.50 Mark. Monatsrate 6 Mark.  
Zusendung erfolgt wie oben ebenfalls 5 Tage zur Probe.

Illustr. Preisliste über andere Sprech-  
apparate, sowie über  
Violinen, Celli, Mandolinen, Zithern,  
Gitarren, selbstspielende Musikwerke gratis!



## Stavistraße 32-39,

Querstraße an der Müllerstraße,

sind in neu erbauten Häusern mit Hofgärten (Teppichkloppplatz und  
Rückhöfen im separaten Hof, Keller-Eingang)

**1 und 2 Zimmer-Wohnungen**  
mit Warmwasserversorgung

per sofort oder 1. April 1913 billig zu vermieten.

Sie erfragen im Verwaltungsbureau, Nr. 35/36.

367/18\*









# INVENTUR-VERKAUF

Restbestände und andere Gelegenheitsposten kommen enorm billig zum Verkauf

## Kleiderstoffe

Reinwollener Crêpe ca. 100 cm breit, waschbar, Me. er 125  
 Reinwollener Batist 110 cm breit, elegante Qualität, Mtr. 125  
 Reinw. Kleiderschotten 110 cm breit, Meter 165  
 Reinwollener Cachemir 110 cm breit in viel. Farb. Mtr. 175  
 Eolienne elegante halbseltdones Gewebe, 110 cm breit, Meter 235  
 Reinw. Damentuch eleg. Kleiderware, ca. 130 cm br., schw. u. mar. 290  
 Reinw. Blusenstoff mod. Streifen, Meter 60 Pf.  
 Reinwollener Voile bedruckt, Meter 85 Pf.  
 Grauer Kleiderstoff ca. 110 cm breit, Meter 95 Pf.  
 Eleg. Kostümstoff ca. 130 cm breit, früherer Preis 5.25, jetzt 290

## Waschstoffe

Voile aparte Dessins 45, 65, 85 Pf.  
 Foulardine seidenglänzend 45, 65, 85 Pf.  
 Kleiderleinen imit. 65, 95 Pf. 125  
 Voile uni u. gem. ca. 110 breit 65, 95 Pf. 125  
 Schweizer Stickereistoffe ca. 120 cm breit, Meter 175 290 375

## Taschentücher

mit bunter Kante Stück 15 Pf.  
 Stickereitücher Stück 25, 35, 45 Pf.

## Kinder-Konfektion

Wollene garn. Kleidchen 1-4 Jahre 325 475 775  
 Wollene große Kleider beste Verarbeit. für 5-8 Jahre 650 1050 1450  
 Wollene große Kleider beste Verarbeit. für 9-12 Jahre 850 1250 1650

## Wasch-Kinder-Kleidung

Blusen-Anzüge für 3-8 Jahre 75 Pf. 125 175  
 Anzüge in verschiedenen Formen, für 3-8 Jahre 275 350 500  
 Kittel-Anzüge für 2-4 Jahre 175 350 575  
 Matrosen-Blusen aus Kadettstoffen, für 3-5 Jahre 225 für 6-8 Jahre 250 für 9-14 Jahre 300  
 Farbige Kleidchen für 1-4 Jahre 125 195 295  
 Farbige Kleider für 5-12 Jahre 275 425 550

## Waschbare Matrosen-Anzüge „Kieler Art“

mit festem Kragen und Manschetten mit abnehm. Kragen, Mansch u. Armatück.  
 für 3-5 Jahre für 6-8 Jahre für 9-12 Jahre für 3-5 Jahre für 6-8 Jahre für 9-12 Jahre  
 3<sup>00</sup> 3<sup>50</sup> 4<sup>00</sup> 4<sup>00</sup> 4<sup>50</sup> 5<sup>00</sup>

Jünglings-Anzüge hell und dunkel gemast. Cheviot, ein- und zweireilig 1450 2100  
 Jünglings-Anzüge aus vorzüglichen Kammgarn- und Cheviot-Stoffen, mod. Verarbeitung 2700 2400  
 Jünglings-Ulster grau und bräunlich-hs. Stoffe, zweireilig, moderne Formen 1950 2400

## Seidenstoffe

Lyoner Seidenfoulards Meter 85 Pf. 110  
 Schwarze Taffet- und Seiden Meter 110

## 3 Posten elegante Blusen-Kleider

Meter 85 Pf. Meter 135 Meter 185  
 Hochaparte Blusen-Seiden sonst 4.30, jetzt 250  
 Shantung-Rohseide franz. Fabrik, 70 cm breit, sonst 3.90, jetzt 290  
 Palette-Seide 90 cm breit, elegante Kleiderware, sonst 3.90, jetzt 290  
 Satin-Grenadine Reineide, doppeltbreites, mattes, glänzendes Gewebe für eleg. Kleider, sonst 5.90, jetzt 490

## Schürzen

Blusenschürzen aus gutem Gingham, mit Borden garniert 95 Pf.  
 Blusenschürzen aparte Garnierungen 165  
 Damenschürzen elegante, aus sehr gutem türkisch gemustertem Satin und anderen Stoffen 195  
 Kleiderschürzen mit Russenarm, aus sehr gutem, türkisch gemustertem Satin, aparte Garnitur 275  
 Zierschürzen 50, 75 Pf.  
 Teeschürzen weiss, mit sehr guten Stickereien, Träger- und Prinzessform, früherer Preis bis 300 145  
 Kinderschürzen verschied. Größen 95 Pf.

# HERMANN TIETZ

## Phänomen Cigaretten

Phänomen Club 3<sup>3</sup>

German life 4<sup>3</sup>

Odaliska 5<sup>3</sup>

## Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit sechsjähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenzahlung.



J. Baer  
 Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee  
 Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots, Ulster, zur Anfertigung n. Maß.  
 Joppen in jeder Preislage. Allerbilligste, streng feste Preise.

Vorwärts - Zigarre No. 90 1. Qualität 100 Stück zu 3.60 M.  
 Musterkollektion von außerdem 10 verschiedenen Sorten, zusammen 200 Zigarren einschl. Porto für nur 6.50 M. per Nachn. Garantiert Umtausch od. Rücknahme, daher kein Risiko. Bitte verl. Sie Preisliste gratis. Gegründet 1898. P. Pokora, Zigarettenfabrik Neustadt-Westpr. 140A  
 Ca. 300 Arbeiter.

## „Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)  
 gegründet von organisierten Schneidergehilfen  
 Berlin N.  
 Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger  
**Ulster, Paletots, Anzüge u. Joppen**

Heute von 12-2 Uhr geöffnet.

△  
 Lieferant der Konsumgenossenschaft und des Arbeiterradfahrbundes.

Zu Wasser und zu Lande priemt man  
**Grimm & Triepel**  
**Kantabak.**  
 Rollen 5 und 10 Pfennig. Stangen 5 Pfennig.

















Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.) Freie Volksbühne. Sonntag, den 12. Januar, nachm. 3 Uhr: Deutsches Schauspielhaus...

Schiller-Theater O. Tzaner. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Das Konzert. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Geschwister. Elga.

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die Jüdin von Toledo. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Schmetterlingschlacht.

Berliner Theater. 8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königgrätzer Straße 8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Theater am Nollendorfplatz 5. Abends 8 Uhr: Die schöne Helena.

Residenz-Theater, 8 Uhr. Die Frau Präsidentin. (Madama la Presidente).

Montis Operetten-Theater (fr. Neuss Theater). Um 11. 8 Uhr: Der heilige Antonius. Nachm. 3 Uhr: Der liebe Bauer.

Luisen-Theater. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Ich lasse Dich nicht. Sonntag, abends 8 Uhr: Berlin-Gamburg...

Wiigt-Theater. Gesundheitbrunnen, Badstr. 58. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Zapfenstreich von Bejerlein.

Metropol-Theater Nachm. 3 Uhr: Tata Toto! Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.

Otto Reutter als Gast mit täglich neuem Repertoire!

Urania Taubenstraße 48/49. 4 Uhr: Auf's Mitterhorn! Abends 8 Uhr: Paris und die Königschlösser von Versailles.

ZOOLOGISCHER GARTEN Heute Sonntag: Eintritt 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Panoptikum 50 wilde Weiber Männer Kinder vom Stamme der Igorroten.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Die Erste - Die Beste!

ROSE-THEATER Große Frankfurter Str. 132. Nachmittags 3 Uhr: Von Stufe zu Stufe.

Apollo Theater Heute 2 große Vorstellungen: Nachmittags 3 1/2 Uhr: -- Halbe Preise. --

Folies Caprice. Die Novitäten: In Sachen Ratensteln. Die Doppelfirma.

Casino-Theater Leibnizstr. 37. Täglich 8 Uhr: Die neue Lokalposse: Am grünen Strand der Spree!

Herrnfeld Theater Das Tollste, was je auf einer Possenbühne dargestellt wurde. Wüstenmoral Die Alpenbrüder

Relchshallen-Theater Stettiner Sänger. „Bosco“ Revue und Sketten. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.

Walhalla-Theater Weinbergsweg 19/20. Solsenthal. Tor. Abends 8 1/2 Uhr: Goldener Leichnam. Sonntag, 6. 12. Jan., nachm. 3 1/2 Uhr.

Arbeiter-Bildungsschule Sonntag, den 26. Januar 1913 22. Stiftungs-Fest in Kellers Neue Philharmonie, Köpenickerstr. 96/97

Brauerei Friedrichshain am Königslo. Auf der Alm Große Schenswürdigkeit Berlins Schönste Alpenfestdekoration!

Neue Welt Arnold Scholz Hasenheide 108/114 Heute Sonntag, den 12. Januar 1913 in sämtlichen Feststellen (über 10000 Personen fassend): Bockbierfest

Wirtshaus in den Stadtbahnbögen (Bahnh. Börse) Spandauer Brücke (Bahnh. Börse) Bock-Jubel und Trubel

Excelsior-Lichtspielhaus Neukölln Bergstr. 151-152 Richardstr. 12-13 Passage Vom 10. bis 13. Januar inkl.: Der Roman eines Gelbsters. Vater.

Charlottenburger Festsäle Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 24. Empfehle zwei große Säle für Vorseammlungen, Familien- und Vereinsfeste.

„Clou“ :: Berliner :: Konzerthaus Mauerstraße 82. - Zimmerstraße 90/91. Großes Triple-Konzert! Musik: Kaiser-Franz-Regiments, Leiter: Oberm. Becker.

Zirkus Busch. Heute, Sonntag: 2 gr. Gala-Vorstellungen 2 Nachm. 8 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr. Nachm. hat jeder Erwachsene das Recht, ein angeb. Kind unt. 10 Jahren auf all Plätzen frei einzuführen.

Admiralspalast. Heute 2 Vorstellungen. Das neue, m. durchschlagendem Erfolg aufgeführte Eisballett Flirt in St. Moritz.

VATER "Hervorragendes Wochenprogramm! U. a. „VATER“ Lebensroman mit Ermete Zacconi

Freien Hochschule zu Berlin. Vortrag des Herrn Dr. Cohn-Winzer über: Der Kinematograph. die Wiedergeburt der Pantomime mit kinematographischer Vorführung.

Kellers Festsäle Koppenstr. 29. Sonntag, den 12. Januar: Großer heiterer bunter Künstler-Abend von Karl Heinzius.

Zirkus Albert Schumann. Heute Sonntag: 2 große Vorstellungen. Nachm. 8 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: ohne Kürzung! Der unsichtbare Mensch.

Volks-Theater Neudän. Hermannstr. 20. Sonntag, den 12. Januar: Raffles. Detektivkomödie in 4 Akten von Ed. Saxe.

Theater Königstadt-Casino. Ed. Holzmarkt u. Alexanderstraße. 1 P. Wille, Bahnstr. 11. Sonntag, abends 8 1/2 Uhr: Eine Mutter Sohn.

Germania-Prachtsäle N. Chausseestr. 110. Karl Richter. Heute Sonntag: Paul Mantheys lustige Sänger

Nibles Fest-Säle Dennewitzstraße 13. Jeden Sonntag: Tanzfränzchen. C. Nible.

Konkordia-Festsäle, Jub. : M. Wendt und A. Schütze. Andreasstr. 64. Jeden Sonntag: Militär-Streich-Konzert

Alhambra Wallner-Theater-Str. 15. Jeden Sonntag: Großer Ball. Großer Orchester. Anfang Sonntag 5 Uhr. A. Zamiatat.

Süßmilch Festsäle Bornholmer Straße 7. Jeden Dienstag und Freitag: Wissenschaftliche Vorträge

Bauernschänke Zentrum Neue Promenade 1. Konzerte, Stimmung, Humor.

Allen voran im Osten sind F. Tavers Festsäle Große Frankfurter Straße 85 (alte Walhallastr.) Heute: Gr. Ball. Anfang 4 Uhr. Entree frei.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Aida. Montag: Der Rosenkavalier. Dienstag: Das Rheingold. Mittwoch: Der fliegende Holländer. Donnerstag: Madama Butterfly. Freitag: Ein Waisenbald. Sonnabend: Sigaros Hochzeit. Sonntag: Die Schwanen von Portici. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Schiller-Theater O. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Das Konzert. Abends: Die Geschwister. Elga. Montag: Die Schmetterlingsflucht. Dienstag: Die Geschwister. Elga. Mittwoch: Die Lokalbahn. Die Redakts. Donnerstag und Freitag: Die Schmetterlingsflucht. Sonnabend: Die Geschwister. Elga. Sonntag: Wollentzger. Montag: Im weißen Röhl. (Anfang 8 Uhr.)

Casino-Theater. Sonntagnachmittag 4 Uhr: Die verhängnisvolle Karte. Abends: Am grünen Strand der Spree. (Anfang 8 Uhr.) Montis Operetten-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der liebe Bauer. Abends und allabendlich: Der heilige Antonius. (Anfang 8 Uhr.)

Beginn den 17ten X Leiser König-Strasse 34 Oranien-Strasse 34 Leipziger Strasse 65 Friedenou, Rheinstr. 14 Taubentzen-Strasse 20 Müller-Strasse 3a Oranien-Strasse 47a Neukölln, Bergstr. 7/8 Moabit; Turm-Strasse 50

Inventur Ausverkauf Bis 50% Ermäßigung

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe. Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außerordentlich billig! Vorwärtsleier 5 Prozent Rabatt extra! Cardinendruck Berlin, Dadescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntag geöffnet.

Es lohnt nur bei Max Weh, 88, Große Frankfurterstr. 88, altbekannte Firma, zu kaufen. Man wird reich und billig bedient. Wenig getragene, teilweise aus Seide, von Kapazitäten nur kurze Zeit getragene Jodettanzüge, Modanzüge, Gebrodanzüge, Pradaanzüge, Smokinganzüge, Paletots, Hüter, Dolan, einzelne Jacks und Smoking werden zu billigen Preisen verkauft.

Monatanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gebrodanzüge von 12,00, Jacks von 2,50, sowie für fortpulente Figuren. Keine Garderobe zu Hause? Billigen Preisen, aus Handarbeiten verfertigte Sachen, die man am liebsten bei Max, Wollentzgerstr. 14.

Yehu Prozent Rabatt im Inventurausverkauf. Totalausverkauf von angekauften Gardinen, Stores, Künstlergardinen, Bettdecken, Korken usw. labellos billig.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00, 22,00, feinste Federbetten, Winterpaletots, Wäsche spottbillig. Handweberei Rüstenerplatz 7. 2931R\*

Ohne Anzahlung, 50 Pfennig Bohrer an, liefert Silber, Banduhren, Teppiche, Gardinen, Portieren, Tischdecken, Steppdecken, Strengste Diskretion zugesichert. Auf Wunsch Auswahlforderung. Bestellungen erbittet Postlagerkarte 9, Postamt 102.

Handwagen, Klapphordwagen, nagelneu, billig. Czernystr. 21 b, II. Wölgelstr. 8/15. Herrmann-Berlethaus, Gelegenheitskauf verlebter Sachen, spottbillig, 100 Teilzahlung. Andreestr. 42 I. 8/15. Guterhaltene Hüter und Paletots von 6 Mark an verkauft. Schulze, Franzstr. 4. 7/14. Verkauf Schmurmühle für Dekoration geeignet, 2 Bedienmaschinen a 15,00, 5 verschiedene englische Nähmaschinen für Jahrspreis. Bach, Marienburgerstr. 2. 7/14. Lieferwagen und alle Sorten Räder. Balladenstr. 101. 2018b. Monatsanzüge, Wollpaletots, Hüter, laust man spottbillig im Spezialgeschäft für Monatsanzüge, Pradaanzüge, Gebrodanzüge, Pradaanzüge, Smokinganzüge, Hosen spottbillig. Koenigsbergerstr. 48, eine Treppe. 7/14. Urano-Haus, Beste Urano-Nähmaschinen für Industrie und Hausbedarf, Breite billig, Abzahlung günstige Bedingungen, weitgehende Garantie. Beckmann, Gollnowstr. 26, nahe Landbergerstr. alle Maschinen neu in Ordnung. Bobbinenreichlich billig. Sander, Reuditz, Puldastr. 58 I. 8/15.

